

## Zwölfte Sitzung – Douzième séance

**Donnerstag, 4. Oktober 1990, Vormittag**  
**Jeudi 4 octobre 1990, matin**

08.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Cavelty

### Beschluss über die Sondersession 1991 Décision concernant la session spéciale 1991

#### Antrag des Büros

Durchführung einer Sondersession am 23. und 24. Januar 1991 (Beginn am 23. Januar um 17.00 Uhr)

#### Proposition du bureau

Une session spéciale aura lieu les 23 et 24 janvier 1991 (ouverture le 23 janvier à 17 heures)

**Affolter**, Berichterstatter: Ich kann mich in dieser Orientierung kurz fassen. Es handelt sich um das leidige Problem der Sondersession. Sie wissen: Wenn der Nationalrat eine Sondersession durchführt, bedingt dies, dass auch der Ständerat zusammentritt. Die Büros haben beschlossen, nächstes Jahr vom 21. bis 24. Januar eine Sondersession durchzuführen. Der Nationalrat hat seine Zustimmung zu einer abweichenden, d. h. kürzeren Dauer der Sondersession des Ständерates erteilt; das Büro des Ständérates schlägt vor, diese Sondersession für den Ständerat auf eineinhalb Tage zu limitieren, mit Beginn am 23. Januar um 17.00 Uhr und Schluss am 24. Januar nach Erledigung der Geschäfte.

Ich bitte Sie, zu dieser Ansetzung einer Sondersession Ihr Einverständnis zu geben.

*Angenommen – Adopté*

90.055

### Teuerungsbekämpfungsmassnahmen im Bereich der Hypothekarzinsen. Bundesbeschluss

### Mesures de lutte contre le renchérissement dans le domaine des taux hypothécaires. Arrêté fédéral

Botschaft und Beschlussentwurf vom 10. September 1990  
Message et projet d'arrêté du 10 septembre 1990

Beschluss des Nationalrates vom 2. Oktober 1990  
Décision du Conseil national du 2 octobre 1990

*Antrag der Kommission  
Mehrheit  
Eintreten  
Minderheit  
Nichteintreten*

*Proposition de la commission  
Majorité  
Entrer en matière  
Minorité  
Ne pas entrer en matière*

**Zimmerli**, Berichterstatter: Bevor ich die Vorlage vorstelle und über die Kommissionsarbeit berichte, muss ich ein paar Bemerkungen zum Verfahren anbringen.

Botschaft und Beschlussentwurf tragen das Datum des 10. September. Unmittelbar nach Veröffentlichung der Botschaft wurde zusammen mit der Präsidentin der nationalrätslichen Kommission – der Nationalrat war Erstrat – ein Zeitplan aufgestellt, der es erlaubt hätte, das Geschäft im Dringlichkeitsverfahren nach Geschäftsverkehrsgesetz zeitgerecht durch beide Räte zu bringen, inklusive Prüfung der verabschiedeten Vorlage durch die Redaktionskommission. Planmäßig begann die Behandlung des Geschäfts mit einer gemeinsamen Sitzung der beiden Kommissionen am 18. September, die Hearings mit dem Präsidenten der Nationalbank, Herrn Dr. Lusser, dem Geschäftsleiter der Basler Arbeitsgruppe für Konjunkturforschung, Professor Koellreuther, und dem Präsidenten der Eidgenössischen Bankenkommission, Herrn Dr. Bodenmann, gewidmet war. Das Sitzungsprogramm sah anschliessend für die nationalrätsliche Kommission eine Sitzung am 20. September und für die ständerätsliche Kommission am Montag der zweiten Sessionswoche, das heisst am 24. September, vor. Das Geschäft hätte am Mittwoch der zweiten Sessionswoche im Nationalrat und am Donnerstag im Ständerat behandelt werden sollen, damit für eine allfällige Differenzbereinigung in der dritten Woche noch genügend Zeit zur Verfügung gestanden hätte.

Es ist – wie Sie wissen – anders gekommen, weil wir nicht mit der von der nationalrätslichen Kommission anlässlich ihrer ersten Sitzung beschlossenen allgemeinen Denkpause und mit dem nationalrätslichen Sinn für Prioritäten – S-Bahn-Besichtigung statt Hypozins-Debatte – gerechnet hatten. Gestern, nach Einbruch der Dämmerung hat der Nationalrat sich unter Namensaufruf mit 120 zu 47 Stimmen für den dringlichen Bundesbeschluss ausgesprochen, den Sie auf der Fahne finden. Vorher hat er sich, wiederum unter Namensaufruf, mit 115 zu 71 Stimmen für eine wettbewerbspolitische Preisüberwachung ausgesprochen und damit dem bundesrätslichen Konzept einer konjunkturpolitischen Preisüberwachung die Gefolgschaft versagt.

Das bedeutete, dass dem Ständerat und seiner Kommission ungefähr 12 Stunden zur Verfügung standen, um das vom Bundesrat als dringlich vorgelegte Gesetzgebungsgeschäft zu behandeln bzw. diskussionsreif zu machen, ohne Verhandlungsprotokoll notabene, fürwahr ein Dringlichkeitsverfahren! Nur hat es der Gesetzgeber nicht ganz so gemeint, als er das Dringlichkeitsverfahren im Geschäftsverkehrsgesetz vorsah. Die Höflichkeit und Achtung dem anderen Rat gegenüber verbietet es mir, die Behandlung des Geschäfts im Erstrat als das zu bezeichnen, was sie ist. Ich begnüge mich – ich glaube dabei aber immerhin im Namen aller Ratsmitglieder zu sprechen – mit einem formellen Protest. Erlaubt sei lediglich noch die Frage, wie wohl der Nationalrat reagiert hätte, wenn wir uns als Erstrat entsprechend verhalten hätten. Von einer seriösen Gesetzgebung – wie sie sich die Väter des Geschäftsverkehrsgesetzes vorgestellt haben – wird in einem solchen Fall kaum mehr die Rede sein können.

Innert Jahresfrist ist es nun das dritte Mal, dass der Bundesrat dem Parlament eine dringliche Gesetzgebungsvorlage unterbreitet und das Parlament damit unter ausserordentlich grossen Erwartungsdruck setzt. Je grösser der politische Druck zum Handeln wird, desto geringer scheint die Qualität der Vorlage zu geraten. Das scheint die Regel zu werden. Je nach dem Echo auf diese Aufforderung zum Tanz sind wir offenbar bereit, bei der Gesetzgebung sachliche Restrisiken in Kauf zu nehmen, die wir im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren nie und nimmer akzeptieren würden.

Wie dem auch sei, Ihre Kommission hat gestern getagt – getagt ist zwar angesichts des Sitzungsbeginn um 20.30 Uhr wohl der falsche Ausdruck –, hat sich kurz vor dem Datumswechsel intensiv mit der Vorlage und mit den Beschlüssen des Nationalrates auseinandergesetzt und sich vorberatend für den Ständerat mit der nach den Umständen noch möglichen Sorgfalt mit der Vorlage befasst, wie es die Verfassung und das Geschäftsverkehrsgesetz nun einmal von ihr verlangen. Wenigstens ein Beweis ist erbracht, der Beweis nämlich, dass Zeitdruck jedenfalls nicht genügt, um den Ständerat abzuschaffen.

In diesem Zusammenhang möchte ich dem Kommissionsse-

kretär, Herrn Jeanneret, und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestens für ihren Einsatz danken. Es ist gewiss nicht selbstverständlich, dass Sie heute morgen eine Fahne auf Ihren Pulten vorfinden. Dass sie noch ein paar geringfügige Lücken und Fehler aufweist, tut dem Verdienst keinen Abbruch. Ich werde in der Detailberatung darüber sprechen. Für Protokolle war die Zeit schlicht zu kurz. Wenn heute Differenzen zu den Beschlüssen mit dem Nationalrat entstehen und der Nationalrat nunmehr seinerseits unter ausserordentlichen Zeitdruck gelangen sollte, ist das nicht der Fehler des Ständerates.

Zur Vorlage und zu den Beschlüssen der Kommission: Der Bundesrat diagnostizierte angesichts der wiederholten Anhebungen des Hypothekarzinses, der damit verbundenen Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt, der allgemeinen Teuerung, der Auswirkungen der Golfkrise und anderem mehr einen konjunkturpolitischen Handlungsbedarf.

Gestützt auf den Konjunkturartikel 31quinquies der Bundesverfassung schlägt der Bundesrat vor, «.... die Hypothekarzinsen für Wohn- und Geschäftsräume zur Teuerungsbekämpfung vorübergehend einer konjunkturpolitischen Preisüberwachung zu unterstellen, welche Missbräuche verhindert».

Dieses Konzept ist – wie Sie inzwischen alle wissen – bei der Nationalbank, bei der Eidgenössischen Bankenkommission, bei den Wirtschaftswissenschaftern im allgemeinen und den Konjunkturforschern im besonderen auf einhellige Kritik gestossen. Anlässlich des erwähnten Hearings wurde deutlich, dass die der Teuerungsbekämpfung dienende Geldpolitik der Nationalbank auf schwerste gefährdet würde, wenn die Zinsen über längere Zeit künstlich tief gehalten würden.

Das anerkennt im übrigen auch der Bundesrat, wenn er im Verlauf der Verhandlungen dieses Geschäfts immer wieder betonte, es gehe nur um kurzfristige Massnahmen, die durchaus ihre ordnungspolitischen Schattenseiten hätten.

Ich erspare mir die Details, zumal die angeblichen Vorteile des bundesrätlichen Vorschlags bei der Begründung des Mindestantrags und im bundesrätlichen Schlussvotum zur Eintretensdebatte gewiss nochmals bereit gepriesen werden. Der Nationalrat konnte sich aber mit dieser Philosophie nicht befriedigen und machte die Vorlage durch simple Ausweichung der Verfassungsgrundlage im Ingress – neu Artikel 31septies – von der konjunkturpolitischen einfach zur wettbewerbspolitischen Preisüberwachung.

Er nimmt damit die hängige Revision des Preisüberwachungsgesetzes gemäss bundesrätlichem Vorschlag zur Preisüberwachung – generell notabene – zumindest teilweise im Dringlichkeitsverfahren vorweg. Ausschlaggebend dafür sind, das hat die gestrige Debatte im Nationalrat gezeigt, vorab psychologische Gründe, weil man sich von der wettbewerbspolitischen Preisüberwachung für Hypothekarzinsen insbesondere eine Art generalpräventive Wirkung verspricht, und weil man vor dem Schweizer Volk nicht sozusagen mit leeren Händen dastehen will. Eines sei dazu aber ganz klar gesagt: Wenn man sich trotz Zeitdruck um die erforderliche Distanz zum gesetzgeberischen Husarenritt des Erstrats bemüht – wie es sich für den Zweitrat geziemt –, kommt man nicht um die Feststellung herum, dass wichtige Fragen zur wettbewerbspolitischen Preisüberwachung bisher nicht ausdiskutiert und nicht geklärt werden konnten. Ich werde in der Detailberatung auf einige von ihnen zurückkommen, wenn ich mich zu den Abänderungsvorschlägen der Kommission auf der Fahne äussere.

Es handelt sich beim Bundesbeschluss, wie er vom Nationalrat und – wie Sie gesehen haben – auch von der Kommission mehrheitlich verabschiedet wurde, um eine Art Risikogesetzgebung. Die Kommission hat jedoch die gebotene politische Interessenabwägung vorgenommen und sich vorab im Hinblick auf die Prüfung der wettbewerbspolitischen Preisüberwachung im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren zur Revision des Preisüberwachungsgesetzes der Philosophie des Nationalrates im Dringlichkeitsverfahren mehrheitlich angeschlossen. Niemand scheint sich allerdings Illusionen darüber zu machen, dass die Wirksamkeit der wettbewerbspolitischen Hypothekarzinsüberwachung naturgemäß äusserst beschränkt sein wird, wenn sie nicht zweckentfremdet und wegen des von gewissen Seiten erzeugten Erwartungsdrucks

sozusagen durch die Hintertür doch wieder zur konjunkturpolitischen gemacht wird.

Es ist zu hoffen, dass es dem Nationalrat gelingt, heute wenigstens noch die Revision des Preisüberwachungsgesetzes zu verabschieden, damit die ständerätsliche Kommission am Samstag – Sie haben richtig gehört, am Samstag –, den 10. November 1990, das Geschäft für die Wintersession behandlungsreif machen kann.

Die aktuelle Revision des Preisüberwachungsgesetzes war im übrigen einer der Hauptgründe, weshalb Ihre Kommission das grundsätzliche Eintreten auf einen Bundesbeschluss über die Preisüberwachung von Hypothekarzinsen gestern spät nur mit 7 zu 6 Stimmen beschlossen hat. Es wird heute wieder ein Nichteintretensantrag gestellt werden. Ich will heute in meinem Eintretensreferat auf Weiterungen dazu verzichten.

Ich will namentlich nicht nochmals im einzelnen auf die Vorteile und Nachteile einer wettbewerbspolitischen Preisüberwachung für Hypothekarkredite und -zinsen eingehen. In der Beleidigung der Marschrichtung der Kommission obsiegte, nach dem erwähnten allgemeinen Eintretensbeschluss, die wettbewerbspolitische gegenüber der konjunkturpolitischen Preisüberwachung für Hypothekarzinsen mit 5 zu 4 Stimmen bei eigenen Enthaltungen.

In der Detailberatung nahm die Kommission namentlich einige nach ihrem Dafürhalten unerlässliche Änderungen an der nationalrätslichen Fassung vor, auf die ich in unserer Detailberatung näher eingehen möchte. In der Gesamtabstimmung wurde dem bereinigten Beschlusstext mit 7 zu 4 Stimmen zugestimmt.

Sie finden auf der Fahne noch den Text einer parlamentarischen Initiative in Form einer Kommissionsinitiative zu einem Bundesbeschluss über die Förderung kantonaler Miet- und Hypothekarzinszuschüsse. Die Kommission stimmte dem entsprechenden Antrag mit 10 zu 2 Stimmen zu. Nach Artikel 21ter Absatz 3 in Verbindung mit Artikel 21quater des Geschäftsverkehrsgesetzes wird unsere Kommission nunmehr zuhanden des Ratsplenums eine Vorlage mit Bericht in Botschaftsqualität vorbereiten, ein angemessenes Vernehmlassungsverfahren durchführen und den Bundesrat zur Stellungnahme einladen, wie es gesetzlich vorgeschrieben ist.

Das alles soll mit grösster Beschleunigung durchgeführt werden und zeigt, wo Ihre Kommission den dringendsten Handlungsbedarf sieht, nämlich bei der Linderung der sozialen Härten, wie dies auch in Anträgen für eine Kommissionsmotion gefordert wurde.

Die parlamentarische Initiative ist indessen von der Kommission noch nicht diskutiert worden und kann deshalb inhaltlich noch nicht als bereinigt gelten. Das liegt in der Natur des Verfahrens. Wenn heute schon von ihr die Rede ist, dann aus Gründen der Transparenz der Kommissionsarbeit und wegen ihres politischen Gewichts. Eine Diskussion dazu braucht in diesem Rat mit Rücksicht auf die Bestimmungen des Geschäftsverkehrsgesetzes heute nicht stattzufinden.

Auf der Fahne ist keine Kommissionsmotion enthalten, obwohl gestern entsprechende Anträge gestellt wurden. Kurz vor Mitternacht war die Kommission nicht mehr in der Lage, sich mit den Vorschlägen noch im einzelnen auseinanderzusetzen, wie es für eine Kommissionsmotion unerlässlich gewesen wäre. Das bedeutet indessen nicht, dass die dort vorgetragenen Anliegen in der Kommission nicht wenigstens teilweise hätten konsensfähig gemacht werden können. Vorschläge wurden beispielsweise Aufträge an den Bundesrat, Vorlagen zur Sicherung der Refinanzierung von Hypotheken, für Sparanreize, für flexiblere Anlagevorschriften für die zweite Säule, für die Einführung einer Amortisationspflicht, für die Abkopplung der Mietzinsen von den Hypothekarzinsen und anderes mehr auszuwerten.

Es ist durchaus möglich, dass diese materiell nicht behandelten Vorschläge, die ebenfalls von der Ernsthaftigkeit der Arbeit unserer Kommission zeugen, an der erwähnten November-Kommissionssitzung zum Preisüberwachungsgesetz wiederum aufgenommen werden. Nichts hindert im übrigen den Bundesrat daran, gestützt auf die vielen Anregungen im Verlaufe der Hypothekarzinsdebatte endlich ein praxistaugliches und ordnungspolitisch vertretbares Gesamtkonzept für die ge-

setzgeberische Lösung der anstehenden Probleme zu entwickeln und dem Parlament vorzulegen, bevor er mit weiteren Motionen dazu aufgefordert wird.

In diesem Sinne empfiehlt Ihnen die Kommission, auf die Vorlage für einen Hypothekarzins-Bundesbeschluss einzutreten.

**M. Reymond**, porte-parole de la minorité: Comme l'a dit le président de la commission, c'est par 7 voix contre 6 que celle-ci a décidé, hier soir, d'entrer en matière. D'entente avec mes collègues de la minorité, je vais tenter de reprendre quelques-uns de leurs arguments.

Tout d'abord, dans cette affaire, je suis persuadé qu'il n'y aura que des perdants, quelle que soit la décision du Conseil des Etats – on voit d'ailleurs déjà laquelle il va prendre. En effet, le Conseil fédéral est le premier perdant, preuve en est la presse de ce matin. C'est dommage que les choses se soient présentées de cette manière, mais sa proposition n'a pas passé le cap du Conseil national, elle a donc peu de chance d'être adoptée ici.

Le deuxième perdant est le Conseil des Etats qui accepte de traiter un objet l'avant-dernier jour de la session, alors que la décision du Conseil national lui a été communiquée le mercredi soir à 20 heures. Si c'est ainsi que le Conseil des Etats travaille, sur un sujet aussi important et pour un arrêté urgent, alors c'est qu'il n'est plus tout à fait la véritable deuxième Chambre, à poids égal dans le bicaméralisme helvétique. Le Conseil des Etats est donc perdant, du simple fait qu'il traite cet objet ce matin. C'est une pression inadmissible de la part du Conseil national.

Le troisième perdant, c'est la décision du Conseil national, qui est celle de la majorité de notre commission. Je vous renvoie à la presse de ce matin selon laquelle «la solution adoptée est un attrape-nigaud».

Le quatrième perdant: les locataires et les propriétaires auxquels on laisse croire, à travers les propositions majoritaires présentées, que M. Prix aura la possibilité d'intervenir afin de maîtriser, bloquer, peut-être contraindre à abaisser les taux hypothécaires. Les grands perdants sont donc les propriétaires et les locataires parce que la cible visée par les arrêtés que nous examinons est fausse.

J'aimerais tout d'abord m'arrêter à une remarque concernant les banques, lesquelles sont fortement attaquées, et je considère que cela est grave. Les banques ont contribué à créer le surendettement hypothécaire, c'est vrai. Mais j'ajoute immédiatement que cela a permis de construire durant les trois années 1987, 1988 et 1989 40 000 logements par an. Cela a fait monter les prix, certes, mais cela a mis sur le marché 40 000 logements, au lieu de 30 000. On a également souligné que les banques ont financé les crédits hypothécaires avec de l'argent à court terme. Je suis moi-même à la tête d'une petite banque régionale, et je puis affirmer que les banques régionales comme les grands établissements accordent des crédits hypothécaires; jamais, cependant, le crédit hypothécaire n'a été financé par des dépôts à long terme. Jusqu'en 1972, il l'était par l'épargne essentiellement – j'ai à votre disposition le détail des chiffres – et l'épargne, par définition, est un placement que vous pouvez dénoncer dans un délai de six mois au plus tard pour tous les montants. Ce n'est donc pas un placement à long terme.

En revanche, ce qui a changé, c'est l'attitude face à l'épargne. Alors que cette dernière était traditionnelle et qu'on ne la touchait pas, on en est venu à la modifier, à l'orienter dans d'autres placements. D'ailleurs, la Confédération a contribué à ce déplacement des sommes épargnées: le système des «créances comptables» pratiqué par elle depuis deux ou trois ans, à coup de centaines de millions, permet à l'épargnant disposant d'au moins 50 000 francs de les placer à 8,5 pour cent environ, de vendre sa créance comptable à 80 jours, de réaliser son gain en intérêts de 8,4 ou 8,5 pour cent sans impôt anticipé. C'est une sacrée concurrence à l'épargne traditionnelle, avec un simple gain en capital non imposable. Tel est le travail qu'effectue également la Confédération, et qui tue l'épargne traditionnelle.

C'est pourquoi, lorsqu'on s'en prend de manière extrêmement violente aux banques, il faut aussi constater que la Con-

fédération n'a pas toujours agi de manière correcte afin de conserver dans les banques l'épargne nécessaire. Il s'agit certes d'un épiphénomène sur lequel je n'insisterai pas, bien qu'il soit révélateur.

Le contrôle proposé, qu'il s'agisse du contrôle conjoncturel ou du contrôle concurrentiel, ne peut pas avoir d'efficacité pour toute une série de raisons. D'abord, en ce qui concerne le contrôle concurrentiel, il n'y a plus de cartel depuis bien longtemps dans le secteur hypothécaire. Pour les deux types de contrôle, il faut savoir que la même banque pratique en ce moment plusieurs taux d'intérêt: un taux d'intérêt sur les anciennes hypothèques, et un taux d'intérêt sur les nouvelles hypothèques, ainsi que les taux pour celles qui ont été passées pendant la période de hausses successives. Quel taux allez-vous contrôler, Monsieur le surveillant des prix, le nouveau, l'ancien ou l'intermédiaire? Aujourd'hui et depuis dix-huit mois, même à l'intérieur d'une même banque il y a plusieurs taux d'intérêt, et ceci parce que les banques n'osent pas, à juste titre, augmenter le taux d'intérêt des anciennes hypothèques au niveau qui serait nécessaire par rapport à la marge indispensable. On maintient ce taux bas, pour des raisons parfaitement compréhensibles de pression politique d'une part et de respect des engagements d'autre part.

Mais à quel coût, à quelles conditions draconiennes pour les nouvelles hypothèques? Les jeunes qui arrivent aujourd'hui sur le marché du logement et qui, s'installant dans des appartements récents et neufs, doivent supporter des loyers soumis au taux des nouvelles hypothèques à 8 ou 8,5 pour cent. Personne ne parle de ce taux-là, on s'en prend seulement à celui des anciennes hypothèques qui est pourtant supportable pour beaucoup de gens, mais les nouvelles hypothèques représenteront malgré tout à la fin de cette année 8 pour cent de la masse hypothécaire suisse, et probablement le double l'année prochaine puisque les hypothèques augmentent en moyenne de 8 pour cent par année dans les bilans des banques suisses. Ces nouvelles hypothèques, je le répète, concernent les logements neufs, ceux qui ont coûté le plus cher, ceux des jeunes locataires qui se mettent en ménage maintenant, c'est donc là qu'il faudrait agir d'abord et non pas sur les anciennes hypothèques.

L'outil qu'on nous propose va d'autre part incontestablement à l'encontre de la politique de libéralisation qui règne actuellement en Europe. Cet outil n'est qu'une illusion: on veut faire croire au peuple – et c'est détestable – que les taux vont redescendre. Or, je l'affirme, nous sommes entrés dans un processus dont la rapidité nous fait souffrir – il aurait fallu qu'il s'étale sur huit ou dix années – mais qui va dans le sens d'un rapprochement avec les taux pratiqués en Europe. Lorsqu'il aura abouti, ce processus sera irréversible, à mon avis, mais je crois que nous sommes nombreux à le partager. Il y a plusieurs raisons à cela: une tension des intérêts sur le plan international, la réunification de l'Allemagne, dont chacun sait qu'elle va coûter cher au peuple allemand, qui devra emprunter mais aussi offrir des taux intéressants, aux Suisses notamment qui feront des placements en deutschemark; il y a, enfin, la crise du Golfe qui fait monter les taux, c'est incontestable. Je dirai (en passant) que la crise du Golfe n'a pas pour conséquence d'amener beaucoup d'argent en Suisse. Depuis qu'on a dit tellement de mal de la place financière suisse dans ce pays, la crise du Golfe, depuis deux mois, n'a pas encore poussé les Koweitiens à venir placer chez nous une masse d'argent. Ils préfèrent en fait aller au Luxembourg. La place financière suisse a souffert, c'est évident.

Il y a encore d'autres éléments qui vont faire monter les taux d'intérêt. Vous êtes en train, Monsieur le Conseiller fédéral, de préparer le budget de la Confédération, tâche fort peu aisée, semble-t-il. Lorsqu'on discute avec les gouvernements cantonaux, cela ne va pas fort non plus. Ce matin, la radio a annoncé que le Conseil municipal de la ville de Zurich proposait une augmentation de l'impôt en ville de Zurich de 9 pour cent parce qu'on va vers des déficits publics. Mais ces déficits publics, qui vont être importants ces prochaines années, seront financés par des emprunts sur le marché des capitaux; voilà aussi où ira l'argent épargné, lequel ne pourra pas être destiné à la construction et aux hypothèques tant il est vrai que pour

prêter un franc les banques doivent avoir un franc en dépôt; c'est aussi simple que cela. Ces hausses de taux vont donc être maintenues.

Dès lors, face au grave problème qui se pose, la thérapie que nous lui appportons n'est pas la bonne.

Enfin, et je terminerai par là, je regrette que nous n'ayons pas eu le temps en commission d'approfondir la proposition qui vous est soumise, qui aurait pu constituer une alternative valable au projet du Conseil fédéral et de la commission. Ce projet d'arrêté fédéral visant à encourager des contributions en faveur des loyers et des intérêts hypothécaires pour les cas sociaux ou les cas de rigueur me paraît être, étant donné les circonstances, le meilleur moyen de venir en aide à ceux qui souffrent, incontestablement, de ces hausses intempestives et rapides des taux hypothécaires. Nous devons trouver des moyens légaux qui permettent de venir en aide aux cas sociaux uniquement, car il en existe – les banquiers doivent d'ailleurs résoudre des problèmes avec certains de leurs débiteurs et ils s'en occupent – mais il serait bon que l'Etat prenne lui aussi des mesures dans ce sens.

C'est pourquoi l'annexe que vous avez reçue, intitulée «Initiative de la commission», et qui fera l'objet d'une discussion de celle-ci le 10 novembre prochain afin de pouvoir vous présenter des propositions plus précises, me paraît être l'orientation qui eût été souhaitable car elle représente à mes yeux, dans la situation actuelle, le seul espoir des propriétaires et des locataires en difficulté. Pour le surplus, je ne suis pas persuadé que le travail que nous faisons soit un bon travail, vu la rapidité à laquelle nous sommes contraints. C'est pourquoi, avec la minorité de la commission, je vous recommande de ne pas entrer en matière.

**Frau Simmen:** Die Ankündigung einer vierten Erhöhung der Hypothekarzinsen im Lauf von weniger als 2 Jahren löste in der Schweiz eine Betroffenheit aus, die weit über den normalen Unwillen im Gefolge von Preiserhöhungen hinausging. In der Tat ist eine Steigerung von 2 Prozentpunkten – das entspricht etwa 40 Prozent beim Hypothekarzins – für viele Leute nicht ohne weiteres innert so kurzer Zeit tragbar. Denn wer seine Wohnkosten budgetiert, der rechnet, auch wenn er noch etwas Spielraum mit einbezieht, nicht mit einer derart massiven Erhöhung. Ein Mietzins, der innert weniger Monate um mehr als 20 Prozent ansteigt, erreicht bei den Mietern, die Sie heute vor allem in Agglomerationen finden, einen Betrag, der ein Haushaltbudget sehr wohl aus dem Gleichgewicht bringen kann.

Diese Schwierigkeiten betreffen Angehörige aller Alters- und Bevölkerungsschichten, die Rentner so gut wie junge Familien, die sich in der Aufbauphase befinden, die sich den Traum eines kleinen Eigenheimes erfüllt haben. Vorgänge, wie sie die wiederholten Hypothekarzinserhöhungen innert kurzer Zeit darstellen, sind also nicht Ereignisse, die nur die Banken – und diese nur unter ökonomischen Gesichtspunkten – angehen, sondern sie betreffen einen grossen Teil der Bürgerinnen und Bürger und somit den Staat. Es war daher richtig, dass der Bundesrat nicht einfach in passiver Haltung verharrete, sondern mit einem Bundesbeschluss in den Gang der Handlung eingriff. Ob sein Vorschlag einer konjunkturellen Preisüberwachung besonders glücklich war, wird noch zu untersuchen sein.

Die Banken, vor allem die Grossbanken, haben in den vergangenen Wochen ein gerütteltes Mass an Schelte einstecken müssen und es kann ihnen tatsächlich der Vorwurf der Einäugigkeit nicht erspart werden. Aufgrund rein betriebswirtschaftlicher Betrachtungsweise mag die vierte Zinserhöhung gerechtfertigt gewesen sein. Mit teurem Geld kann man auf die Länge nicht billige Hypotheken finanzieren. Es gibt aber auch einen staats- und sozialpolitischen Aspekt in dieser Sache. Die Banken sind ein Teil unseres Systems. Sie verdanken ihre Prosperität auch den Rahmenbedingungen, die ihnen dieses System und seine Stabilität verschafft haben. Diesen Zusammenhang haben die Banken bei ihrem Vorgehen schlicht zu bedenken vergessen. Ich bin überzeugt, das es Sache von Bundesrat und Parlament ist, gemeinsam mit den Banken und

der Nationalbank langfristige und tragfähige Lösungen zu erarbeiten.

Zu den Faktoren, die da in Betracht zu ziehen sind, gehört die Förderung des Wohneigentums ebensosehr wie die Nutzbarmachung von Vorsorgegeldern oder die Schaffung steuerlicher Anreize. Es wird heute gesagt, der Bundesrat versuche mit Hüftschüssen eine Situation zu parieren. Dieser Vorwurf geht an die falsche Adresse. Es war eine Grossbank, die unvermittelt den einsamen Entschluss fasste, die vierte Hypozinsrunde einzuläuten, und die damit sowohl die anderen Banken als auch die ganze politische Welt vor den Kopf stiess. Wie wollen wir verhindern, dass uns Aehnliches wieder passiert, wenn wir uns jetzt nicht einmal zu einem Eintreten aufraffen können? Wir müssen klar signalisieren, dass künftig Massnahmen von derart volkswirtschaftlicher Tragweite nur in ständigen Kontakt zwischen Regierung, Nationalbank und Banken vorgenommen werden können. Im jetzigen Zeitpunkt stellt sich die Frage, ob der Bundesbeschluss für eine konjunkturelle Preisüberwachung eine gangbare Sofortlösung darstellen würde. In seltener Einmütigkeit vertraten Oekonomen die Ueberzeugung, dass ein solcher Eingriff in den Markt ohne schwere und dauernde Schäden nicht zu überstehen wäre und dass am Ende eine Rezession stehen könnte, die weit schlimmer ist, als die Situation, wie wir sie heute haben.

Aus diesem Grund kann für mich die konjunkturelle Preisüberwachung nicht in Frage kommen. An eine Rückgängigmachung der vierten Runde ist auch nicht mehr zu denken, das wurde von den Grossbanken klar zum Ausdruck gebracht. Und auch diejenigen Banken, die sich bis heute zurückgehalten haben, werden über kurz oder lang nachziehen müssen. So bleibt eine Variante: die wettbewerbspolitische Hypozinsüberwachung. Ohne von ihr die Lösung aller Probleme erwarten zu wollen, kann doch gesagt werden, dass sie dort einschreiten und greifen kann, wo der Wettbewerb nicht zur Zufriedenheit spielt und wo allenfalls kartellähnliche Absprachen gelten. Durch eine solche Kontrolle wird mehr Transparenz gewährleistet werden, und bei einer Zinsentspannung wird der Preisüberwacher auf einer raschen Anpassung der Zinsen nach unten bestehen. Nicht zu unterschätzen ist auch die präventive Wirkung. Alles in allem kann so bei der Bevölkerung ein gewisses Vertrauen wiederhergestellt werden. Und wir werden dieses Vertrauen brauchen in den nächsten Jahren, wenn es darum geht, die grossen Probleme, die auch im monetären Bereich auf uns zukommen, dem Volk zu erklären und es dazu zu bringen, sie zu akzeptieren. Bei alledem kommen wir nicht darum herum, ganz unmissverständlich beizufügen, dass es keine Wunderlösungen für die komplexen Probleme gibt und dass konjunkturelle Faktoren von der konjunkturellen Preisüberwachung nicht miterfasst werden. Als flankierende Massnahme finden Sie im Anhang zur Fahne eine parlamentarische Kommissionsinitiative betreffend eine Förderung kantonaler Hypothekar- und Mietzinszuschüsse für Härtefälle. Ich bitte Sie, auch dieser Initiative Folge zu geben, denn wir brauchen sie, um jetzt kurzfristig dort Erleichterung zu verschaffen, wo es dringend nötig ist.

Um die dringlichen Massnahmen möglichst rasch in ordentliches Recht überführen zu können, ist zudem die Revision des Preisüberwachungsgesetzes energisch voranzutreiben. Sie haben den Kommissionspräsidenten gehört, er hat Ihnen bereits die Sitzung für Samstag, den 10. November angekündigt. In diesem Mosaik von lang-, mittel- und kurzfristigen, dringlichen und flankierenden Massnahmen ist die wettbewerbspolitische Preisüberwachung für Hypozinsen ein wichtiger Stein, und ich bitte Sie daher, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen.

**Frau Weber:** Der Kommissionspräsident hat zu Beginn darauf hingewiesen, dass wir zeitlich sehr knapp dran sind. Ich weiss auch, dass verschiedene Kollegen unter uns diesen Ablauf beklagen.

Erlauben Sie mir, dass ich auf solche Emotionen hin ebenfalls eine emotionale Vorbemerkung mache. Es wurde sehr viel Zeit vertrödelt. Wir haben gewartet. Wir haben auf einen Entscheid der Banken gewartet, also beim Legifrieren auf eine Branche Rücksicht genommen, und haben deshalb sehr viel

Zeit verloren, weil wir im Grunde genommen von Anfang an wussten, dass uns nur bestätigt wird, was wir gewusst haben, nämlich dass man auf diesen Entscheid nicht in einem anderen Sinne zurückkommen wird. Letztlich wurde uns bestätigt, dass das politisch höchst unglückliche Vorgehen nicht rückgängig zu machen sein wird. Die Bankenbranche hatte meines Erachtens aber auch keinen Anlass dazu, wirklich über die Bücher zu gehen. Vielmehr konnte sie ihre Selbstsicherheit ruhig behalten, weil sie ja wusste – erlauben Sie mir diese Bemerkung –, dass sie sehr viele Vertreter in diesem Parlament hat.

Ich erinnere Sie daran, dass die Uebung, die wir heute durchziehen, nicht nötig wäre, wenn wir nach der Preisüberwachungsabstimmung von 1982 dem Bundesrat gefolgt wären, als er uns ein Projekt für ein Preisüberwachungsgesetz vorlegte. Die Mehrheit des Parlaments hat damals – im Grunde genommen verfassungswidrig – genau diese Bestimmung herausgenommen, wonach die Banken im wettbewerbspolitischen Sinne überwacht werden sollten. Damals haben die Banken einfach eine Uminterpretierung von dem, was Leistung heisst, vorgenommen. Sie sagten plötzlich, Kredite gäalten nicht mehr als Leistungen. Die Mehrheit der eidgenössischen Räte ist dieser Interpretation gefolgt. Wenn wir also heute auf diesen Bundesbeschluss eintreten, stellen wir grundsätzlich endlich den verfassungskonformen Zustand her, weil wir in der Verfassung klar die Bestimmung stehen haben, dass eine Preisüberwachung möglich ist, wenn marktmächtige Unternehmungen, Organisationen und Monopole einen Preisaufschlag vornehmen, der wettbewerbspolitisch nicht zu vertreten ist. Wenn wir heute eintreten, tun wir das unter einem gewissen politischen Druck. Wir stehen unter einem politischen Druck von Mieter, von neuen, jungen Hauseigentümern, aber auch unter dem politischen Druck von sehr vielen Bürgerinnen und Bürgern, die unter der Teuerung existenziell leiden. Der Bundesrat hat richtig gehandelt. Er hat politisch gehandelt, und es war eine Antwort nötig, nachdem verschiedene Preisaufschläge angekündigt worden waren, als unter anderem am Schluss diese Hypothekarzinsrunde eingeläutet wurde.

Aber ich erinnere daran, dass zwei Wochen zuvor eine Benzinrunde stattgefunden hatte, die ebenfalls eine inlandbedingte Teuerung nach sich zog und auch nicht nötig war. «Inlandgemachte» Teuerungen sind meines Erachtens politische Angelegenheiten, im Unterschied zur importierten Teuerung. Gegen eine importierte Teuerung kann man wenig machen, aber der psychologische Faktor bei inlandgemachten Teuerungen ist nicht zu unterschätzen. Ich finde es richtig, dass der Bundesrat gehandelt hat und ein Zeichen setzte. Ich meine sogar, dass der Bundesrat eher zu lange gewartet hat.

Nun schlägt uns der Bundesrat eine konjunkturpolitische Variante vor. Sicher hat eine konjunkturpolitische Variante der Preisüberwachung Vorteile. Sie erlaubt ein rasches, psychologisch wirksames Intervieren. Sie ist in überhitzen Zeiten gut für kurzfristige Interventionen. Sie ist eine ausserordentliche Massnahme in einer ausserordentlichen Zeit und darf für nichts anderes als dafür benutzt werden. Aber wir wissen auch, dass dieses Instrument nicht ohne Gefahr ist. Wir wissen, dass ein solches Instrument – wenn es zu lange gebraucht wird – einen Eingriff in die Marktsituation bedeutet.

Der Nationalrat ist eingeschenkt auf eine wettbewerbspolitische Variante. Eine wettbewerbspolitische Variante ist ein Instrument, das auf den Markt und auf das Wettbewerbsziel keine negativen Auswirkungen haben soll. Die wettbewerbspolitische Variante ist ein Instrument, das nicht deregulieren soll. Es schützt vor missbräuchlicher Marktmacht. Das ist sein Sinn. Man zweifelt daran, ob die wettbewerbspolitische Variante greife. Ich bin davon überzeugt, dass sie greift. Natürlich ist sie wirksam; denn es kommt nicht von nichts, dass gewisse Kreise so grosse Angst vor dieser Variante haben. Das kann nur deshalb sein, weil diese Massnahme eben doch greift. Ich bin aber auch der Meinung, dass es falsch ist, wenn man die vierte Runde einfach so von vornherein als gegeben betrachtet. Die heutige Situation ist so, dass man ruhig sagen kann, dass im Hyposektor, im Bereich des Wohnens, kein Markt besteht. Der Bürger, der Mieter ist der heutigen Situation kom-

plett ausgeliefert. Die Hypothekarzinsrunde, die vierte jetzt, bedeutet Marktmacht und marktmächtige Handlungen unterstehen der Preisüberwachung. Die Preisüberwachung kann also wirksam werden. Sie ist aber vor allem auch ein Instrument für die fünfte Runde, die vor der Türe steht.

Man hat sich darüber aufgehalten, dass der Bundesrat gehandelt hat; ich finde das falsch. Man spricht auch davon – mit sehr intellektuellen, akademischen Überlegungen –, dass die Preisüberwachung ein Instrument ist, das den Markt negativ beeinflussen könnte. Aber ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, dass nicht nur akademische und intellektuelle Aussuerungen in einer politisch heissen Situation gelten sollen. Für uns als Parlamentarier ist es wichtig, dass wir auch daran denken, dass Emotionen, Empfindungen und reale Einzelsituationen von Menschen in schwierigen Verhältnissen genauso wichtig sind und ebenfalls beachtet werden müssen. Alles zusammen – die Emotionen, die realen, schwierigen Einzelsituationen und selbstverständlich auch die wissenschaftlichen Überlegungen – bildet die politische Wirklichkeit. Wir müssen uns nach dieser politischen Wirklichkeit richten und in diesem Sinne auch bei einer inlandgemachten Teuerung reagieren.

Dem Bürger wird in den letzten Jahren zuviel immer nur versprochen. Ich erinnere Sie daran, dass der Bürger erwartet, dass ein wirksames Bodenrecht kommt. Seit Jahren fragt er sich auch, weshalb man von der Abkopplung des Mietzinses vom Hypothekarzins immer nur spricht und nichts tut. Wir stehen also auch unter einem gewissen Druck, etwas tun zu müssen. Ich bitte Sie, wenigstens die Verfassungsmässigkeit mit diesem Beschluss wieder herzustellen. Der Bürger hat diese Verfassungsbestimmung bereits 1982 gewollt, und es ist meines Erachtens höchste Zeit, dass wir handeln. Ich bitte Sie, auf den Beschluss einzutreten.

**Onken:** Das Phänomen, mit dem wir uns hier beschäftigen, ist an und für sich leicht zu erklären: Die Nationalbank bekämpft die Teuerung mit einer auf Preisstabilität ausgerichteten Geldpolitik; die Zinsen steigen; die Spargelder wandern gar in höher verzinsliche Anlagen ab; die Refinanzierung der Hypotheken wird kostspieliger; die Banken erhöhen die Hypothekarzinsen. Das ist das behauptete freie Spiel der Marktkräfte, das ist gleichsam die wirtschaftliche Logik, und wer sie nicht sieht, ist ein Etablierter oder ein Planwirtschafter, der mit seinen Bedenken oder gar Begehrten frevelisch in diese Feinmechanik des kapitalistischen Systems eingreift und das sensible Räderwerk durcheinanderbringt. Nur, wie Frau Weber schon gesagt hat, dieses Räderwerk des Marktes ist ohnehin schon gestört. Von wahrhaft freiem Markt kann keine Rede sein. Von Wettbewerb kann keine Rede sein. Und wenn Nationalrat Blocher in der nationalrätslichen Debatte in seiner haudegenhaften Art die Abschaffung der Planwirtschaft auf dem Boden- und Wohnungsmarkt, die Beseitigung des Interventionismus fordert, dann räumt er das auf seine Weise ein. Und wenn ich sage, dass der Bödenmarkt schon deshalb nicht frei ist, weil sich die überwältigende Mehrheit dieses unvermehrbareren Gutes in den Händen ganz weniger befindet, die darüber verfügen können – was ihr Recht ist –, die es nutzen, die es horten und die damit spekulieren; wenn ich Ihnen sage, dass der Wohnungsmarkt aus den Fugen ist, weil wir fast kein Angebot mehr haben, sondern nur noch einen preistreibenden Nachfrageüberhang; und wenn ich Sie auf die wundersamen kartellähnlichen Absprachen der Grossbanken hinweise, dann sage ich auf meine Weise, dass hier niemand das Hohelied der freien Marktwirtschaft singen soll, weil er dazu in Tat und Wahrheit herzlich wenig Anlass hat.

Kein Land der Welt kann es sich leisten, diesen Markt des heiklen und lebensnotwendigen Gutes Boden tatsächlich den Marktkräften zu überlassen. Und von sozial verpflichteter Marktwirtschaft, von volkswirtschaftlichem Gleichgewicht kann hier schon gar nicht die Rede sein. Denn die Chancen und die Lasten sind krass einseitig verteilt, und dort, wo es ans Zahlen geht, wird das schwächste, das abhängigste Glied der Kette, wird der Mieter schonungslos zur Kasse gebeten.

Die grossen Banken erhöhen die Hypothekarzinsen; sie müssen, sagen sie. Alle miteinander müssen sie, gleichzeitig, trotz

völlig unterschiedlichen Finanzierungsstrukturen. Die Kalkulationen dazu legen sie allerdings nicht auf den Tisch. Transparenz wird nicht geschaffen. Eine öffentliche Kontrolle, wie wir sie bei den Kantonalbanken haben, fehlt. Wir sollen die Berechnungen einfach glauben. Die grossen Banken erhöhen zur Unzeit, ohne Rücksicht auf die konjunkturelle Situation, ohne spürbares volkswirtschaftliches Verantwortungsgefühl, aber mit um so mehr Eigennutz, ohne Würdigung der globalen Krisensituation, die uns einengt, scheinbar ohne Beachtung der wirtschaftlichen Rezessionszeichen, die unübersehbar an der Wand stehen und durch ihr Handeln noch verschärft werden. Sie erhöhen selbstherrlich, unter Brückierung der politischen Instanzen, unter Umgehung – um nicht zu sagen Geringsschätzung – selbst des Bundesrates, obwohl sie wissen, wissen müssen, dass ihr Handeln in diesem Land der Mieter, in diesem Land der höchsten Hypothekarverschuldung ein Politikum allerersten Ranges ist. Ihr Blick ist fix auf ihre Bücher, auf ihre eigenen Rechnungen, auf ihre eigenen Gewinnmargen gerichtet. Das Wort «volkswirtschaftliche Mitverantwortung» scheint ihnen ein Fremdwort zu sein, das Wort «Opfersymmetrie» ist gänzlich unbekannt.

Ich möchte wetten, dass Sie diese Eigenmächtigkeit des Vorgehens, die ja schon fast ein wenig an Rücksichtslosigkeit grenzt, ebenfalls spüren. Dass Sie diese Unverfrorenheit zutiefst im Innern ebenfalls wurmt, aber Sie verbrämen sie mit Ihren nationalökonomischen Lehrsätzen und segnen sie sozusagen ab, indem Sie sie letztlich tatenlos hinnehmen. Die Frage, die sich auf dieser Ebene stellt, ist die: Wer hat das Sagen in dieser eben keineswegs nur wirtschaftlichen, sondern auch hochpolitischen Frage: Sind es die Grossbanken, oder sind es – zumindest auch – die politischen Instanzen? Die konjunkturpolitische Hypothekarzinsüberwachung – und nur sie – ist das politische Veto gegen das zumindest schroffe und einseitige Vorgehen der Grossbanken. Mehr noch als die praktische Auswirkung, die den geplagten Miatern, denen teilweise das Wasser am Halse steht, vielleicht die Linderung eines Aufschubes gebracht hätte – und das wäre allemal etwas; das erlaubte ihnen, Luft zu holen; das schaffte Linderung und gäbe die Möglichkeit, sich an die Kaskade von Erhöhungen anzupassen –, mehr noch als das aber würde das Signal «So nicht!», «So nicht mit uns!» verstanden werden und Wirkung zeitigen. Die Grossbanken brauchen diesen Ordnungsruf des Parlamentes: Um diese Uebermächtigen wieder an ihre hohe – ich sage absichtlich – volkswirtschaftliche Pflicht zu erinnern und sie in ihre nationalökonomische, d. h. immer auch soziale Verantwortung einzubinden. Denn genau diese Verpflichtung und genau diese Verantwortung für das Ganze drohen sie aus den Augen zu verlieren.

Die konjunkturpolitische Preisüberwachung ist das Damoklesschwert, das es braucht. Und wenn ich das jetzt sage, dann spreche ich auch bereits zum Minderheitsantrag auf der Fahne; ich werde mich nachher nicht mehr dazu äussern. Mehr als ein Damoklesschwert ist es nämlich zunächst nicht. Niemand soll behaupten, dass damit die vierte Hypothekarunde bereits rückgängig gemacht sei. Das ist sie, allen Unterstellungen zum Trotz, nicht. Der Preisüberwacher erhielte ja nur die Möglichkeit, im Rahmen der Teuerungsbekämpfung, die allen so sehr am Herzen liegt, Missbräuche zu verhindern. Lesen Sie den Artikel 1 des bundesrätlichen Vorschlags einmal durch! Es geht darum, Missbräuche zu verhindern, um mehr geht es nicht. Und ist denn das des Teufels? Ist es – wie gestern gesagt worden ist – ein ordnungspolitischer Salto mortale? Ist es Oel ins flackernde Feuer gegossen? Weshalb fürchtet man denn diese Ueberprüfung, wenn doch alles in Ordnung ist? Warum ist man denn prinzipiell dagegen, dass Missbräuche unterbunden werden können? Darauf gibt es nur zwei Antworten: Entweder glaubt man einfach von vornherein, dass alles lupenrein sei, weil gar nicht sein kann, was nicht sein darf, und weist den blossen Gedanken weit von sich, oder aber man argwöhnt vielleicht selbst, dass bei dieser Kaskade von Erhöhungen doch nicht alles derart koscher ist, und will deshalb die Eingriffsmöglichkeit von vornherein verhindern. Tatsache ist jedenfalls, dass Sie diese kurzfristig greifende und damit nachhaltige Kontrolle des Preisüberwachers nicht wollen und zur ungleich stumpferen, zur erst mittel- oder län-

gerfristig wirksamen, wettbewerbspolitischen Preisüberwachung greifen, um nicht gerade mit völlig leeren Händen dazustehen.

Ich will dieses Instrument nicht geringschätzen, ich will es auch nicht abwerten, doch unmittelbar bringt es natürlich nichts. Mit anderen Worten: Der Schwarze Peter wird schohnungslos dem schwächsten Glied der Kette angehängt, nämlich dem Mieter.

Die Banken werden nicht beigezogen. Sie sollen offenbar keine Opfer bringen müssen. Sie dürfen weiterhin horrende Gewinn machen. Sie dürfen weiterhin ungebremst schalten und walten. Die Hauseigentümer werden ebenfalls nicht bezogen. Sie, die bei diesem gigantischen Umverteilungsprozess, der da im Gange ist und der für diese zwei Prozent Hypothekarzinserhöhung 7 Milliarden Franken umfassen wird, letztlich ganz grosse Profiteure sind, dürfen auch weiterhin überwälzen, etwas tempiert zwar nach der neuen Regelung. Sie werden auch in Zukunft steuerlich bevorzugt sein. Die Teuerung wird ihre Verschuldung verringern und ihr Vermögen vergrössern, und bei einer Teuerungsrate von 6 Prozent wird der Realzins 1 Prozent betragen – und das ist fürwahr billiges Geld!

Nur der Mieter kann in seiner Bedrängnis, in seinem Ausgesetztheitsein und in seiner Abhängigkeit nirgends mehr hin. Den letzten beissen allemal die Hunde. Oft genug finanziert dieser Kleine mit seinem gehegten Sparbüchlein auch noch den Hausbesitzer mit, ohne es zu merken, wie ein sarkastischer Nationalbankpräsident Lusser vor versammelter Kommission wörtlich erklärt hat. Das ist die bittere und letztlich auch beschämende Realität!

Um sie abzufedern, wird jetzt auch noch der Steuerzahler aufgeboten, der den Bedrängten durch Mietzinszuschüsse Linderung schaffen soll. Das letztlich schräge und ungerechte System aber wird sanktioniert, nur, wo es besonders schmerzt, legt man ein Pflasterchen auf. Das ist, mit Verlaub, Symptombekämpfung, nicht Ursachenergründung, nicht Wurzelbehandlung und nicht Systemkorrektur.

Abschliessend möchte ich rhetorisch fragen: Wann nur, wann in aller Welt werden die Geprellten merken, was gespielt wird und warum es so und nicht anders gespielt wird?

**M. Delalay:** Le secteur du logement et de l'hypothèque n'a jamais vraiment fonctionné selon les lois du marché libre. J'en veux pour exemple les nombreuses aides au logement, tant fédérales que cantonales, le compte mixte tenu par les banques, pas seulement entre le taux des anciennes et des nouvelles hypothèques, mais aussi entre les taux appliqués aux comptes-courants et ceux du crédit immobilier. Je retiens aussi le fait que l'hypothèque connaît par conséquent depuis longtemps un taux politique, pour la bonne raison que le logement est un bien de première nécessité et un domaine politique sensible.

Ne pas entrer en matière sur cet arrêté concernant la soumission des intérêts hypothécaires à la surveillance des prix ne rendrait donc pas service, tout d'abord aux locataires qui ont connu ces derniers mois des augmentations de loyers de l'ordre de 22 pour cent – les locataires représentent le 70 pour cent de notre population – ensuite aux petits propriétaires, particulièrement à ceux qui ont acquis récemment un logement. Je suis donc favorable à l'entrée en matière sur cet arrêté, sur la base d'une surveillance du taux hypothécaire de caractère concurrentiel.

La Banque nationale suisse poursuit une politique monétaire restrictive, destinée à lutter contre l'inflation. Elle a connu un certain succès qui a été remis en cause, ces derniers temps, par les événements du Golfe en particulier, et diverses augmentations de tarifs dans notre pays. Au-delà de la passion et de l'idéologie, il faut bien admettre qu'il y a une certaine contradiction à vouloir, d'une part, lutter contre l'inflation par des restrictions de caractère monétaire et, d'autre part, surveiller l'évolution des taux d'intérêt. Nous voulons lutter contre l'inflation, mais nous ne voulons pas en subir les effets secondaires. Nous sommes un peu comme un malade qui se soigne,

certes, mais qui ne supporte pas les médicaments administrés.

Une surveillance de type conjoncturel telle que celle proposée par le Conseil fédéral, si elle était efficace, entrerait donc en conflit direct avec la politique de la Banque nationale dont la conséquence logique et incontournable est l'augmentation des taux d'intérêt, on l'a déjà dit ici aujourd'hui. Une surveillance de type conjoncturel ne manquerait pas de créer encore une plus grande discrimination par les banques entre les anciennes et les nouvelles hypothèques, avec tous les effets négatifs qu'on peut imaginer pour le secteur de la construction, pour l'offre de logements en conséquence et, finalement, pour les loyers.

Mais l'envol des taux auquel nous assistons aujourd'hui nous rappelle tout de même une réalité économique très simple, à savoir que les taux d'intérêt sont un prix, celui du capital. Et nous avons le sentiment que ce prix n'est pas forcément formé de manière tout à fait correcte en raison, ne serait-ce, que de la concentration existant dans le secteur bancaire.

C'est la raison pour laquelle nous sommes favorables à une surveillance de type concurrentiel telle que celle qui est proposée par notre commission. L'examen de la formation des prix de cette manière permettra une meilleure transparence en matière de marges et ne fera, en définitive, pas de mal à personne. Nous savons, certes, qu'actuellement les taux et les marges des banques sont les plus faibles d'Europe et que la formation des prix ne répond certainement pas à une distorsion. Cela fait dire à certains d'entre nous que cet arrêté, tel que conçu par la commission et admis par le Conseil national, ne sert à rien et, pour reprendre l'image de tout à l'heure, que ce serait une sorte de placebo destiné à tranquilliser le malade. Quelqu'un a dit: «cet arrêté ne changera pas les taux d'intérêt d'un quart pour cent, ce n'est que de la poudre aux yeux jetée à la tête des gens». Plus précisément, on a aussi fait remarquer que cet arrêté ne permettra pas d'empêcher la quatrième hausse des taux hypothécaires.

Je suis un peu plus optimiste quant aux effets de cet arrêté, parce que je crois tout de même qu'une meilleure transparence en matière de formation des taux d'intérêt permettra tout d'abord une meilleure connaissance à l'avenir du marché hypothécaire et des capitaux, une meilleure connaissance du public dans ce domaine. Si l'arrêté que nous traitons n'empêchera pas la quatrième hausse des taux hypothécaires, il aura peut-être la vertu d'empêcher la cinquième hausse qui semble être déjà dans le pipe-line. Il permettra surtout, aussi, d'anticiper, au moment où se fera jour une certaine détente sur le marché des capitaux, un mouvement de baisse qui ne serait peut-être pas si rapide sans cet arrêté. La surveillance concurrentielle permettra donc une meilleure connaissance du marché, des marges, du financement des hypothèques, de la structure du bilan des banques, du remboursement des hypothèques et de son rythme. Elle permettra donc une meilleure documentation pour des négociations futures avec les banques qui, si elles avaient eu lieu lors de la quatrième hausse des taux hypothécaires, n'auraient peut-être pas amené l'impasse dans laquelle nous nous trouvons aujourd'hui. Surtout aussi, cet arrêté permettra d'expérimenter pour un temps limité – je le souligne – la surveillance du crédit.

Je me prononcerai donc en faveur de l'entrée en matière pour une surveillance de type concurrentiel.

**Hunziker:** Der Bundesrat ist in einer sehr unangenehmen Lage. Es ist der gesamte Bundesrat, nicht ein einzelner Departementsvorsteher. Die Hypothekarzinserhöhung, die wie eine Bombe eingeschlagen hat, erfolgte – wie wir wissen – ohne jede Ankündigung gegenüber dem Bundesrat, auch in einem psychologisch recht ungeschickten Augenblick. Wegen des sozialpolitisch unsensiblen Vorgehens von Bankenseite ist viel Geschirr zerschlagen worden. Die landesweite Entrüstung hat den Bundesrat unter massiven Erwartungsdruck gesetzt. Dass er nicht passiv bleiben wollte und auch nicht konnte, ist gut zu verstehen. Die Vorlage, die wir beraten, vermag mich indessen nicht zu überzeugen. Schon der Ingress ist irreführend. Mit diesem Bundesbeschluss wird kein Beitrag zur Teuerungsbekämpfung geleistet. Vielmehr werden damit Mass-

nahmen der Nationalbank mit dieser Zielsetzung unterlaufen. Es gibt kein Land mit marktwirtschaftlichem System, das Zinsen und Kredite einer konjunkturpolitischen Preisüberwachung unterstellt. Man hat das wiederholt versucht, aber immer ohne Erfolg. Unser derzeitiges Zinsniveau ist nicht die Folge fehlender Preisüberwachung. Die wahren Ursachen liegen in der Inflation, in den gestiegenen Wohnansprüchen, dann natürlich in den hohen Bau- und Bodenpreisen und – auch wenn man es nicht gerne hört – in einem sehr weit getriebenen Mieterschutz.

Gehen wir jetzt noch einen Schritt weiter, indem wir die natürliche Zinsentwicklung künstlich blockieren, dann schwächen wir die Geldpolitik der Nationalbank, und das wirkt sich negativ auf die Inflationsbekämpfung aus. Das erinnert mich an einen Patienten mit Zahnschmerzen, bei dem man Lokalanästhesie, also Symptomtherapie betreibt, aber keine Wurzelbehandlung vornimmt.

Mit diesem Bundesbeschluss, sei er nun konjunktur- oder wettbewerbspolitisch eingefärbt, werden wir keine brauchbaren Ergebnisse in Richtung Teuerungskontrolle erzielen. Was kann der Preisüberwacher bei der wettbewerbspolitischen Situation wirklich machen? Er kann die Angemessenheit von Hypothekarzinsen überprüfen. Er kann dort einschreiten, wo möglicherweise Missbräuche vorgekommen sind. Nach dem Einblick in eine Regionalbank kann ich Ihnen sagen: Was in den letzten zwölf Monaten in bezug auf die Refinanzierung der Hypothekardarlehen geschehen ist, das verhält sich so, dass jeder Preisüberwacher – nicht nur Herr Guntern – nicht nur hätte ja sagen müssen zu den Zinserhöhungen, er müsste wohl noch ja sagen, wenn man die Zinsen noch ein Prozent höher angesetzt hätte. Das sind die nackten Tatsachen, sehr unerfreuliche, sozialpolitisch sehr unerwünschte. Aber die Sozialpolitik und das, was man dort, wenn Notlagen entstehen, ausrichten kann, ist das eine, und marktmässige Gesetzmässigkeiten in einem Wirtschaftssystem wie dem unsrigen sind eben das andere.

Es ist auch interessant, wenn man die Entwicklung der Zinsen und Kosten in unserem Land mit dem Ausland vergleicht oder wenn man sie mit der Entwicklung der letzten 15 Jahre vergleicht. Ich habe mir das herausgeschrieben. In den letzten 15 Jahren, also seit 1965, haben die Baukosten ganz massiv zugenommen, nämlich um 150 Prozent – sie liegen also zweieinhalbmal höher als damals –, die Teuerung hat um 131 Prozent zugenommen; die Hypothekarzinsen dagegen stiegen, ab 1. November gerechnet – wenn das in Kraft treten sollte –, für die alten Hypotheken um 50 Prozent und für die neuen um 55 Prozent. Das sind überprüfbare, statistisch ausgewiesene Zahlen; die Steigerung beträgt also ein Drittel der Baukosten und weniger als die Hälfte der allgemeinen Teuerung. Das ändert nichts daran, dass diese Hypothekarzinsen drücken, dass sie für den Betroffenen sehr lästig sind. Aber es zeigt, dass auch da gewisse Gesetzmässigkeiten in der Entwicklung registriert werden müssen, die das Bild etwas anders erscheinen lassen, wenn man es emotionslos anschaut.

Wenn Sie die Situation in den anderen Ländern ansehen, dann stellen Sie fest, dass die Hypothekarzinsen in den um uns herum liegenden Nachbarländern zwei, zweieinhalb bis vier Prozent höher sind als bei uns, jetzt nach der neuesten Runde.

Noch ein anderer interessanter internationaler Vergleich: Man kann sich überlegen, wieviel prozentual von den Haushaltausgaben für die Miete aufgewendet werden muss. Ich habe da leider nur Zahlen von 1987, weil es noch keine neueren gibt. Damals zählte die Schweiz 14,4 Prozent Anteil an den Haushalt ausgaben – das ist jetzt sicher höher –, dann England 16 Prozent, die Bundesrepublik 17 Prozent und Schweden 20,6 Prozent. Das heisst, dass man von den gesamten Haushalt ausgaben prozentual in der Schweiz immer noch am wenigsten ausweist. Wenn ich diese Vergleiche bringe, dann nicht, um das zu bagatellisieren, was jetzt geschieht oder was signaliert ist, und auch nicht, weil es übersehen würde, dass es da absolute Härtefälle geben wird. Aber immerhin sind diese Vergleiche doch interessant.

Als wir hier in diesem Saal vor einem Jahr zur Bekämpfung der Preisentwicklung im Immobilien- und Bodenmarkt dringliche

Massnahmen beschlossen, wurden höhere Zinsen zur Dämpfung der überhitzen Nachfrage sehr begrüßt. Heute soll in umgekehrter Richtung entschieden werden, und das wiederum mit Dringlichkeitsrecht. Unser Umgang mit dringlichen Notmassnahmen gibt zu echter Sorge Anlass. Er widerspricht einer überlegten und ausgereiften Politik. So dürfen wir nicht mit Dringlichkeitsrecht umgehen, wie wir das in den letzten 15 Monaten getan haben. So wird nämlich Dringlichkeitsrecht langsam zum normal praktizierten Recht.

Notrecht und Dringlichkeitsrecht sind sehr oft nicht die zwingende Antwort auf effektive Notlagen, sondern häufig die überraschte Folge früherer Versäumnisse oder emotionaler Drucksituationen. Der Hypothekarzinssatz ist politisch sobrisant, weil er sofort auf den Schuldner durchschlägt. Dies aus zwei Gründen: Wegen der hohen Pro-Kopf-Verschuldung, die ist einmalig hoch im reichen Land Schweiz, und wegen der unseiligen Koppelung mit den Mietzinsen. Darum wären vor allem zwei Massnahmen angezeigt: Eine Amortisationspflicht, wie man sie sonst allerorts kennt, und die Entkoppelung von Hypothekarzins und Miete. Beides haben wir schon früher diskutiert, aber nie realisiert. Diese Versäumnisse können wir heute nicht mit fragwürdigem Dringlichkeitsrecht beheben. Es braucht ein umfassendes und koordiniertes Konzept mit mittelfristig wirksamen und marktwirtschaftskonformen Massnahmen, die übrigens alle bekannt und zum grössten Teil auch bereits mit parlamentarischen Vorstößen verlangt worden sind, allen voran: die Entkoppelung von Miete und Hypothekarzins, dann eine steuerliche Besserstellung der Spargelder, ferner Deregulierungen im Miet-, Boden- und Baurecht und das Lockermachen von Geldern der zweiten Säule für den Wohnungsbau und die Hypotheken.

Sehr zu begrüßen ist, dass der Bundesrat die von der Eidgenössischen Versicherungskasse für Wohneigentum jährlich zur Verfügung gestellten Mittel verdoppeln will. Diese bundesrätliche Massnahme zielt in die richtige Richtung.

Noch ein Wort zu den sozialen Härten, die aus der Zinsentwicklung resultieren können. Die Vorlage will sie vermeiden. Dafür taugt ein Eingriff in die Marktverhältnisse nicht, ganz abgesehen davon, dass er den Wohnungsmarkt schwer beeinträchtigen könnte. Die Mehrheit der Mieter ist nicht hilfsbedürftig. Aber es gibt Härtefälle – sehr wahrscheinlich viele –, und hier wären Zuschrüsse, wie sie bereits kantonal oft schon gewährt worden sind, die bessere Lösung. Sozialpolitische Notlagen muss man mit sozialpolitischen Massnahmen beheben und nicht mit fragwürdigen Eingriffen in marktwirtschaftliche Mechanismen.

Aus all diesen Gründen erscheint mir der vorgeschlagene Bundesbeschluss nicht zweckmäßig. Er erweckt Hoffnungen, die so nie erfüllt werden können; wir wissen das alle. Darum sollten wir dem Volk gegenüber ehrlich sein, nicht auf den wirkungslosen Bundesbeschluss eintreten, sondern gesamthaft konzipierte Massnahmen ergreifen, die mittelfristig wirken und in unsere Marktordnung hineinpassen. An konkreten Vorschlägen und Vorstößen fehlt es nicht. Unser Volk erwartet etwas von uns, aber etwas Wirksames, nicht blosse Augenwischerei!

**Rüesch:** Wir leben im Zeitalter der Betroffenheitsdemokratie. Vorerst bin ich einmal betroffen von der unsorgfältigen Art und Weise, wie wir hier legiferieren. Grundsätzliche Reformen schieben wir dreissig Jahre vor uns her, grosse Pakete wie das Aktienrecht wechseln während sieben Jahren vom einen in den anderen Ratssaal, ohne dass man zum Ende kommt und hier wird im Schnellauf, beinahe mit Ueberschallgeschwindigkeit gearbeitet. Der Arbeitsstil, der uns vom Nationalrat aufgezwungen worden ist, ist nicht akzeptierbar.

Gesetzgebung setzt Verantwortungsbewusstsein voraus. Es ist verantwortungslos, wenn eine Kommission gestern um Mitternacht nicht einmal in der Lage war, eine Kommissionsmötzu bereinigen, um im Dringlichkeitsrecht dem Nationalrat «nachzusteigen», weil bereits langsam der Morgen nahte.

Von der Betroffenheit über diese Art der Legiferierung zur Betroffenheit in der Sache: Die Entwicklung der Hypothekarzinsen hat in unserem Land nicht nur die Mieter beunruhigt und betroffen gemacht – auch viele Vermieter. Frau Simmen hat

die Probleme geschildert, sie müssen nicht mehr erwähnt werden. Betroffenheit wurde aber auch ausgelöst bei den kleineren und mittleren Banken; sie haben auch ihre Vertreter in diesem Saal, nicht nur die Grossbanken. Die kleinen und mittleren Banken, die heute um ihre Existenz ringen, stellen fest, dass sie je länger je mehr Mühe haben, die Hypotheken zu refinanzieren und dass die Zinsmarge laufend gedrückt wird. Wir, die wir kleine Regionalbanken vertreten, sind mindestens so bedroht von den Grossbanken wie die Mieter. Auch wir sind betroffen. Die wirtschaftlichen, die politischen und die sozialen Auswirkungen beunruhigen uns alle. Es braucht nichts weiter dazu gesagt zu werden.

Das Volk erwartet von uns ein Handeln. Aber das Volk erwartet von uns ein wirksames Handeln. Und die Frage stellt sich, welches Handeln wirksam ist. Der Bundesrat versucht es mit der Variante der konjunkturpolitischen Preisüberwachung. Diese Variante ist nach dem Urteil führender Fachleute, inklusive Exponenten von Nationalbank und Bankenkommission, kontraproduktiv. Die Banken müssten das Kreditangebot am Hypomarkt kürzen, womit der Wohnungsbau gedrosselt würde – und der berüchtigte Teufelskreis erst recht in Bewegung gesetzt wäre. Die konjunkturpolitische Preisüberwachung im Dringlichkeitsverfahren ist mit dem Auftritt einer Feuerwehr, die mit Benzin spritzt, vergleichbar.

Die zweite Variante, die der Nationalrat nun gewählt hat, ist die wettbewerbspolitische Preisüberwachung. Wir alle haben von der schweizerischen Bankiervereinigung einen Brief erhalten. In diesem können Sie nachlesen: «Von einer wettbewerbspolitischen Zinsüberwachung haben die Banken nichts zu befürchten. Im Hypomarkt herrscht wirksamer Wettbewerb und auch die Eidgenössische Bankenkommission erachtet die Zinserhöhungen als sehr begründet.» Wichtig sind die verwendeten Worte «es herrscht der Wettbewerb» – und er herrscht nämlich, ob die Hypozinsen bei 5 Prozent oder bei 8 Prozent liegen. Wer beispielsweise als Präsident einer Wohnbaugenossenschaft Hypotheken sucht, der «marktet» bei den Banken. Er findet immer wieder eine, die um ein Viertel Prozent billiger ist. Diese Übung bringt also nichts. Die Variante der wettbewerbspolitischen Preisüberwachung ist ohne Wirkung; mit ihr können wir die Banken nicht in Schranken weisen. Diese Variante ist weitgehend Augenwischerei. Man weckt im Volk Erwartungen, die nicht erfüllt werden können. Herr Onken sagte: «Wann werden die Geprellten merken, wie geprellt sie worden sind?» Herr Onken, dieses Zitat wird einmal für die wettbewerbspolitische Überwachung gelten, weil die Erwartungen nicht erfüllt werden. Ich möchte jetzt nicht mehr Onken zitieren, sondern Plato: «Die schlimmste Art von Ungerechtigkeit ist die vorgespiegelte Gerechtigkeit.» Genau das machen wir hier!

Wir sollten den Mut haben, nein zu sagen und wirksame Massnahmen zu treffen. Darum unterstütze ich den Nichteintretensantrag Reymond. Die Sofortmassnahmen müssen vorerst sozialpolitischer Natur sein. Wir müssen jenen Mieter und Besitzern von Eigenheimen helfen, die in Not geraten sind. Deshalb hat die Kommission die parlamentarische Initiative vorbereitet, die Sie heute auf dem Tisch des Hauses finden. Wir müssen jetzt in erster Dringlichkeit Sozialpolitik betreiben. Die Kommission hat, wie Sie gehört haben, selbst Sitzungen an Samstagen nicht gescheut, um hier rasch zu handeln. Ferner erwarten wir vom Bundesrat endlich neue ordnungspolitische Vorschläge, welche den Wettbewerb verbessern. Ich muss trotzdem nochmals Onken zitieren: «Das Räderwerk der Marktwirtschaft ist ohnehin schon gestört.» Sie haben recht. Aber Sie verbessern es nicht, wenn Sie das etwas gestörte Räderwerk der Marktwirtschaft – Sie hören es, die Zahnräder greifen irgendwo nicht mehr ganz – damit heilen wollen, indem Sie Sand in das Getriebe schüttern. Dann kommt eines Tages die von Herrn Blocher beschworene Planwirtschaft, weil das Räderwerk überhaupt nicht mehr funktioniert. Wir müssen die Zahnräder, die nicht mehr funktionieren, auseinanderbringen und den Sand herauswaschen statt noch Sand hineinzuschütten. Die Vorschläge, die dazu dienen, sind gemacht worden. Der Herr Kommissionspräsident hat einige erwähnt. Er hat in seinem Entwurf zur Kommissionsmotion beachtliche Vorschläge gemacht. Herr Hunziker hat es zu einem ganzen Kata-

log gebracht. Ich unterstütze diesen Katalog vollumfänglich. Aber ich würde einmal von unserer Kollegialregierung, soweit sie noch existiert, erwarten, dass man sich zu einer Klausur zusammensetzt und dem Parlament ein Programm ordnungspolitischer Massnahmen präsentiert.

Es geht nicht an, dass ein Bundesrat am Samstag in einer Rede eine neue Idee entwickelt, die vom Bundesrat noch gar nicht abgesegnet ist, dass das Kollegialprinzip so gehandhabt wird, dass die Regierung durch Ideen eines Mitgliedes präjudiziert wird. Ich würde im Bundesrat wieder mehr einen Ideenpool sehen und eine gemeinsame Strategie, dem Parlament ordnungspolitisch Vorschläge zu unterbreiten. Das wäre die zweite Dringlichkeit.

Darum: Erstens Sozialpolitik und dann Ordnungspolitik. Massnahmen, die etwas bringen, und nicht Massnahmen, die vom Volk nach wenigen Monaten schon als warme Luft bezeichnet werden.

**M. Cottier:** Plusieurs des intervenants ont fait état ce matin des cas de rigueur sociale provoqués par la conjoncture et les hausses, imprévues pour les locataires et les propriétaires, qui sont intervenues ces deux dernières années. Des familles, des personnes âgées, des jeunes aussi sont touchés. Leur budget familial ne leur permet plus aujourd'hui, et encore moins lorsque la quatrième hausse aura déployé ses effets, de faire face à leurs obligations de locataires ou de propriétaires. Ils subissent une situation de rigueur. Puisque j'ai soumis à la commission une initiative parlementaire, je limiterai mon intervention à cet objet.

Si je l'ai présentée sous forme de projet d'arrêté, rédigé de toutes pièces, c'est parce que cette manière de faire accélérera la procédure et permettra d'agir rapidement. En effet, dans ce domaine, il faut agir vite. L'aide proposée par cette initiative parlementaire consisterait en une contribution au loyer et aux intérêts hypothécaires des petits propriétaires et locataires qui se trouvent dans des difficultés considérables. Cette aide, qui devrait être limitée dans le temps, trouve son assise à l'article 34sexies de notre constitution. En vertu de cette disposition, la Confédération agira à titre subsidiaire pour soutenir les efforts des cantons notamment. Le système des contributions au loyer et aux intérêts hypothécaires n'est pas entièrement nouveau. Il est pratiqué par le canton de Bâle-Campagne. Le Land de Bade-Wurtemberg en Allemagne l'a introduit pour encourager l'accès à la propriété. En acceptant l'entrée en matière de cette initiative, la commission sera en mesure de poursuivre ses travaux. Elle devra présenter des propositions et un rapport qui seront soumis au Conseil fédéral pour avis. Enfin, elle chargera le Conseil fédéral d'ouvrir une procédure de consultation auprès des cantons notamment, qui pourront présenter leurs propres propositions et observations. L'arrêté trouvera alors sa forme et son contenu définitifs.

En conclusion, au vu des débats qui ont eu lieu au sein de la commission et des déclarations faites par nombre d'orateurs ce matin dans notre conseil, nous constatons qu'un large consensus sur l'idée de contributions en faveur des locataires et petits propriétaires victimes d'une situation de rigueur pourrait voir le jour. J'espère que ceux qui prétendent défendre les intérêts de ces personnes adhéreront à ce consensus – c'est à M. Onken que je m'adresse ici. Ce seront en effet exclusivement les personnes victimes de la rigueur sociale qui en bénéficieront, et c'est bien ainsi. Je vous invite donc à soutenir l'initiative parlementaire de la commission.

**Frau Bührer:** Ich lese in einer Zuschrift der Banken zu unserem heutigen Geschäft, dass sie sich «der virulenten, sozialen und politischen Aspekte der Hypozinserhöhungen bewusst» seien. Das sagt sich leicht und kostet nichts. Im Geschäftsgefahren kann man sich trotzdem am Ziel der Gewinnmaximierung orientieren. Es ist offensichtlich, dass sich die Banken in der Vergangenheit und heute einen Deut um die sozialen und politischen Aspekte ihres Tun und Lassen gekümmert haben. Die Probleme, die uns beschäftigen, sind nicht über Nacht über uns hereingebrochen. Sie haben eine Vorgeschichte, und es ist schwer vorstellbar, dass der Verlauf der Dinge von denjenigen, die die Fäden in den Händen halten, nicht sogar

geplant war. Was wir heute erleben, ist nur der letzte Akt des Stücks, das Stück läuft aber seit langem. Es handelt von Wölfen in Schafspelzen und von vielen, vielen Schafen, die nicht einmal gemerkt haben, dass sie mitspielen.

Es begann so: Plötzlich, vor etwas mehr als einem Jahrzehnt, tauchten auf dem Hypothekenmarkt die Grossbanken auf, die sich traditionell kaum auf diesem Sektor engagiert hatten. Sie drängten geradezu mit Macht auf diesen bislang von den kleinen regionalen Banken beackerten Markt. Die Folge davon war, dass bezüglich Hypothekarzinsen fortan die Grossbanken das Sagen hatten. Es änderte sich dann allerhand.

Die Grossbanken warfen alle bisherigen, bewährten, vorsichtigen und vernünftigen Belehnungskriterien über Bord. Hypothekarzinsen wurde bis unters Dach und noch darüber hinaus. Auch leicht erkennbare Spekulationsobjekte wurden grosszügig belehnt. Es versteht sich von selbst, dass laufend mit dem Fortschreiten der Teuerung aufgestockt werden konnte. Mit dem so locker gemachten Geld konnten lukrative Geldgeschäfte getätigert werden. Die Bank verdiente auch daran. Ein Bundesrat nannte das kürzlich: Unfug treiben mit Hypothekargeldern. Ich teile diese Meinung. Amortisationen? – dass ich nicht lache. Kunden, die mit solch absurdens Ansinnen kamen, wurden belehrt. «Hören Sie» – und das ist Originalton einer Bank –, «wir wissen Ihnen etwas Gescheiteres anzufangen mit Ihrem Geld.» Wen wunderts, dass der Verwaltungsratspräsident einer Grossbank öffentlich erklärte, auch er müsse wegen der Hypothekarzinsserhöhung einige zehntausend Franken mehr bezahlen. Man rechne: Wenn ein halbes Prozent einige Zehntausender ausmacht, dann muss der Mann – wer hätte das gedacht – hoch verschuldet sein. Steinreich und hoch verschuldet? Er dürfte kein Einzelfall sein. Auch die Familien, deren Traum von den eigenen vier Wänden daran scheitert, dass sie die dringend benötigte Hypothek nicht aufzutreiben können, sind keine Einzelfälle.

Im nächsten Akt unseres Stücks nähern sich die Grossbanken den kleinen Leuten und machen ihnen mit aufwendigen Werbekampagnen klar, dass sie ihr sauer verdientes Geld lukrativer als in Sparheften und Kassenobligationen anlegen sollten. Wer auf diese wohlmeinenden Ratschläge nicht ansprach, erhielt von seiner Bank persönlich adressierte Briefe und Telefongespräche. Dies half dann dem letzten verschlafenen Sparer auf die Sprünge. Der Erfolg ist frappant. Dumme gab es weniger und weniger in diesem Land; weniger und weniger wurde und wird in niederverzinsliche Anlagen investiert. Der Sparger erhält tatsächlich ein paar Franken mehr, meistens nicht zehntausende von Franken, und bezahlt auf Schritt und Tritt ein Vielfaches an die steigenden Hypothekarzinsen, dies als Mieter, als Eigenheimbesitzer, als Käufer von Produkten, als Konsument von Dienstleistungen.

So weit das Drehbuch. Der Aufbau des Stücks ist klar und folgerichtig. Ungeplant war höchstens, dass bei der vierten Hypothekarzinsrunde ganz und gar unbotmässiges Murren durch das Land ging. Die Schafe wollen offenbar nicht mehr mitspielen.

Nun ist es an uns Politikern, den Schaden in Grenzen zu halten. Mit dem erneuten Aufschlag steigen die Mietzinse innert zwei Jahren um insgesamt 20 oder mehr Prozent. Damit ist der Bogen eindeutig überspannt. Die Banken sind ihrer sozialen Verantwortung nicht gerecht geworden, dies um so weniger, als sie an der Entwicklung – vorsichtig gesagt – nicht ganz unschuldig sind. Man könnte auch Klartext reden und sagen, sie hätten ein übles Spiel mit uns getrieben. Ich visiere hier die Grossbanken an. Die Zeche bezahlt allemal der gewöhnliche Bürger, der ausser einem Salärkonto, das am 25. des Monats leer ist, keinerlei Polster besitzt.

Was ist zu tun? Ueber die längerfristigen Massnahmen, wie sie z. B. Herr Hunziker aufgezählt hat, die sogenannte Deregulierung, werden wir uns noch ausgiebig unterhalten müssen. Etwas muss ich Ihnen heute schon sagen: Für Massnahmen, die als erstes ein markantes Ansteigen der Altmieten zur Folge haben und deren Härten dann mit Sozialhilfe wieder ausgeglichen werden müssen, werde ich nicht zu haben sein. Das ist nicht das Ei des Kolumbus. Ich bin heute für die griffigste Massnahme, die rasch wirksam wird und die die Härte dieser vierten Hypothekarzinsrunde mildern kann. Das heisst, ich bin

für die konjunkturpolitische Preisüberwachung, wie sie der Bundesrat vorgeschlagen hat. Diese Massnahme wird und muss zulasten der Banken gehen. Wenn auch wir Politiker uns vom ökonomischen Interesse der Banken leiten lassen, wer vertritt dann das Volk?

**Schönenberger:** Ich beabsichtige nicht, alles zu wiederholen, was bereits gesagt worden ist, und möchte meine Ausführungen auf einige wenige Punkte beschränken. Vorerst schliesse ich mich dem vom Herrn Kommissionspräsidenten wie auch von Herrn Rüesch ausgesprochenen Protest gegen die Verhaltensweise des Nationalrates an. Ich finde nicht nur die Verhaltensweise des Nationalrates bedenklich; noch bedenklicher finde ich, dass wir uns das heute wiederum und nicht zum ersten Mal gefallen lassen müssen. Hier muss Remedur geschaffen werden.

Ich stelle – wie die anderen – fest, dass eine seriöse Gesetzgebung unter solchen Gesichtspunkten nicht gewährleistet ist, aber Seriosität scheint ja auch nicht gefragt zu sein. Ich bin weit davon entfernt, ein Vertreter der Grossbanken zu sein, und ich bin weit davon entfernt, die Fehler, die die Grossbanken gemacht haben, hier irgendwie zu entschuldigen. Aber ich möchte doch darauf hinweisen: Herr Onken hat mit einer unglaublichen Beredsamkeit einen Frontalangriff gegen die Banken inszeniert, ohne den Begriff «Banken» überhaupt zu definieren. Es gibt aber hunderterlei Banken in unserer Schweiz. Er hat zu einem Rundumschlag ausgeholt. Ich möchte sagen: Man kann Ihr Votum, Herr Onken, politisch und sachlich werten.

Wenn ich es politisch werte, begreife ich Sie, weil Sie das Credo Ihrer Partei, die Doktrin Ihrer Partei, vertreten haben. Wenn ich die Angelegenheit aber sachlich betrachte, dann muss ich doch festhalten, dass Ihre Argumentation nur dann vorgebracht werden kann, wenn die Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge fehlt oder wenn man wider besseres Wissen spricht. Ihnen vorzuwerfen, Sie hätten wider besseres Wissen gesprochen, würde mir der Anstand verbieten. Also fehlt Ihnen die Einsicht in die wirtschaftlichen Zusammenhänge. Hier gibt es nur ein Mittel: Ich muss Ihnen dringend empfehlen, in bezug auf schweizerische Wirtschaftspolitik – Wirtschaftspolitik allgemein, es können auch zwei Lehrgänge sein – einen Onken-Kurs zu absolvieren. Falls Sie Schwierigkeiten mit der Preisfestsetzung hätten, würde Ihnen der Preisüberwacher sicher gerne konsultativ zur Verfügung stehen. Wenn sich Frau Bührer dem dann auch noch anschliessen würde, dann würden die Kosten sicher tragbar. Das wollte ich hier einfach einmal festhalten.

Eine weitere Bemerkung geht an die Adresse des Bundesrates. Ich muss Ihnen sagen: Nach meinem Empfinden haben wir heute keinen Bundesrat mehr, der regiert, der führt, nicht einmal einen, der verwaltet, sondern wir haben einen Bundesrat, der sich auf den Wellen treiben lässt. Wie wäre es sonst möglich, dass wir uns innert Jahresfrist bereits zum zweiten Mal mit Dringlichkeitsrecht befassen müssen? Frau Bührer hat mit vollem Recht gesagt, die Probleme seien nicht über Nacht gekommen. Das ist absolut richtig. Nach dem Grundsatz «gouverner, c'est prévoir» müssen die Probleme vorausgesehen werden und eine entsprechende Politik betrieben werden. An dieser Politik fehlt es uns.

Ich erinnere weiter an die Stellung der Schweizerischen Nationalbank. Sie wissen, dass ich Vizepräsident des Bankrates der Nationalbank, von diesen Problemen aber als solcher nicht direkt betroffen bin. Die Schweizerische Nationalbank hat sich vor gut anderthalb Jahren mit der Inflationsbekämpfung befasst und hat zur Stabilitätspolitik aufgerufen, d. h. sie hat ihre grundlegenden Aufgaben wahrgenommen und ist dazu übergegangen, die Konjunktur zu dämpfen. Sie hat vorausgesagt, dass dies mittels der Drosselung der Geldmenge geschehe, dass die Drosselung zu höheren Zinsen führe, dass durch die höheren Zinsen die Konjunktur gebrochen werden könne. Trotzdem haben wir dann dringliche Massnahmen im Bodenrecht, im Siedlungsbereich, ergriffen, die bis heute praktisch nichts gebracht haben. Was wir heute haben, sind höhere Zinsen. Diese Zinsen, Frau Weber, sind nicht einfach «inlandgemacht», das ist zu vereinfachend gesagt. Sie sind zum Teil

ganz bewusst durch die Nationalbank «inlandgemacht». Sie haben jetzt aber auch durch die Golfskriege den Einfluss von aussen zu spüren bekommen.

Was macht der Bundesrat in dieser Situation? Er geht hin und bringt eine konjunkturelle Preisüberwachung in Vorschlag, und wohlverstanden: ein bürgerlicher Bundesrat. Er musste sich dann in der ersten Sitzung der national- und ständerälichen Kommission, wo die Hearings durchgeführt wurden, von Fachleuten, nämlich den Herren Lusser, Bodenmann und Koellreuther sagen lassen, dass diese konjunkturelle Preisüberwachung nichts taugen sondern einen Rückenschuss für die Nationalbank darstellen würde.

Die Teilnehmer an jenen Hearings waren derart beeindruckt, dass es niemandem mehr in den Sinn gekommen ist, diese konjunkturelle Preisüberwachung zu vertreten, wenn auch heute wieder leichte Flämmchen aufflackern. Man hat auf die wettbewerbsbedingte Preisüberwachung umgestellt. Herr Onken hat erklärt, er wolle diese wettbewerbsbedingte Preisüberwachung nicht geringschätzen, aber sie bringe nichts. Da bin ich mit Ihnen vollständig einverstanden, Herr Onken: sie bringt tatsächlich nichts; denn man kann den Kampf gegen Marktmechanismen nicht mit künstlichen Eingriffen und künstlicher Tiefhaltung der Zinsen gewinnen. Das kann auch ein bürgerlicher Bundesrat nicht.

Ehrlicherweise müsste man sich nun vorerst einmal fragen: Woher kommt denn unsere Teuerung, und woher kommen die hohen Zinsen auf dem Hypothekarmarkt? Die Antwort ist ganz einfach: Wie überall, wo es darum geht, Waren zu verteilen, hängt auch hier die Lösung vom Grundsatz von Angebot und Nachfrage ab. Wir haben heute eine zu grosse Nachfrage bei zu geringem Angebot.

Auf die Umlagerung der Spargelder, auf die total neue Finanzierung der Hypotheken ist bereits hingewiesen worden. Aber wenn wir nun die Ursache der Teuerung erkennen, müssen wir doch bei der Wurzel ansetzen und dürfen nicht irgendwelche Symptome herbeiziehen, nur um dem Volk Sand in die Augen zu streuen. Ich frage mich, wie lange es geht, und ich frage mich, ob der Bundesrat, der uns diesen Vorschlag macht, in einem Jahr den Mut haben wird, dem Volk zu sagen, dass diese Preisüberwachung nichts gebracht habe. Denn ich garantiere Ihnen vollumfänglich, dass sie nichts bringen wird.

Ich glaube, wir müssen nun endlich daran gehen, die Mietzinsen von den Hypothekarzinsen zu entkoppeln; wir müssen endlich daran gehen, die längst fällige Revision des Raumplanungsgesetzes durchzuführen; wir müssten uns darauf besinnen, das Angebot zu erhöhen; wir müssen ein neues Boden- und Mietrecht betreiben, das diesen Ursachen gerecht wird; wir müssten auch den Mut haben, endlich unsere Steuergesetzgebung abzuändern. Es geht einfach nicht an, dass man dem Bürger immer sagt, er solle für einen Hausbau oder für den Erwerb von Grundeigentum sparen, ihm aber auf dem Wege über die Steuern alles wieder wegnimmt, was er sich erspart hat. Das ist staatliche Doppelzüngigkeit. Schliesslich müssten wir als Sofortmassnahme, wenn jetzt etwas zu tun ist, Härtefälle, soziale Probleme, mit sozialen Mitteln lösen.

Ich halte nochmals fest: Die wettbewerbspolitische Preisüberwachung bringt nichts als einen Erwartungsdruck, dem niemand gerecht werden kann. Diese wettbewerbspolitische Preisüberwachung hat überdies auch den Nachteil, dass sie konjunkturpolitisch missbraucht werden kann. Ich fürchte sehr, dass dieser Versuch auch gemacht wird. Ich mache Sie nochmals darauf aufmerksam, dass Eingriffe des Staates in funktionierende Märkte ordnungspolitisch falsch sind. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass wir in der Schweiz weltweit die tiefsten Hypothekarzinsen haben; auch heute noch. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass der Wettbewerb spielt. Es wird in diesem Saal immer wieder von der Europafähigkeit und der Europaverträglichkeit gesprochen. In diesem Zusammenhang habe ich es noch nie gehört; aber ich werte auch dies als echt schweizerisch: Wir sind immer für Europa, so lange es uns nichts kostet, und sobald es uns etwas kostet, glauben wir das Rad der Geschichte zurückdrehen und eine eigene Lösung propagieren zu können. Ich mache weiter darauf aufmerksam, dass die Hypothekar- und Sparzinsen sich nicht vom allgemeinen Zinstrend lösen lassen. Auch das müs-

sen wir in Kauf nehmen. Schliesslich weise ich noch darauf hin, dass die Althypotheken auch heute noch keine marktkonforme Verzinsung aufweisen. Herr Reymond hat Ihnen dargelegt, dass ganz verschiedene Hypothekarzinssätze existieren. Ich weise darauf hin, dass es heute gerade die Jungen sind, diejenigen die jetzt in das Erwerbsleben eintreten und ihre Familie gründen, die die höchsten Hypothekarzinsen bezahlen. Von diesen spricht kein Mensch; aber auch bei ihnen liegt ein soziales Problem vor, vielmehr als bei anderen Kategorien. Aufgrund all dieser Ausführungen – es gäbe noch vieles zu sagen, aber ich verzichte auf weitere Bemerkungen – beantrage ich Ihnen Nichteintreten auf den verfehlten Vorschlag der wettbewerbspolitischen Preisüberwachung.

**Präsident:** Ich habe Herrn Schönenberger nicht abgeläutet, als er für ein bestimmtes Institut Reklame machte, da kein Werbeverbot im Geschäftsreglement steht. (*Heiterkeit*)

**M. Roth:** Je n'aspire pas à l'obtention du prix Nobel de l'économie alternative, mais je soutiens quand même le Conseil fédéral dans sa volonté d'instaurer sur les taux hypothécaires une surveillance de type conjoncturel, parce que cette position est juste.

Dans la situation actuelle, tout le monde – cela a été répété à l'envi dans cette salle ce matin – s'accorde à dire qu'il faut donner la priorité des priorités à la lutte contre le renchérissement et l'inflation. La hausse des taux hypothécaires annoncée par les grandes banques intervient à un moment très inopportun. Elle entraîne un effet extrêmement pénible sur les loyers des locataires et des propriétaires d'appartements et de maisons familiales. C'est la raison pour laquelle je suis d'avis que des mesures propres à maîtriser les conséquences des hausses de l'intérêt hypothécaire s'imposent en toute urgence. Par de telles mesures, il convient de donner une impulsion complémentaire à la lutte contre le renchérissement des prix. Quoi qu'on en dise et qu'on en ait dit jusqu'à maintenant, instaurer la surveillance des prix de type conjoncturel demeure, en tout cas pour l'instant, le seul moyen pouvant entraîner un effet immédiat sur cette quatrième hausse annoncée. Il n'y en a tout simplement pas d'autres.

Certes, je connais aussi les inconvénients d'une telle mesure et plusieurs intervenants les ont d'ailleurs soulignés. Je prétends que ces inconvénients sont supportables si l'on veut bien admettre que la mesure doit être strictement limitée dans le temps. Il s'agit d'une mesure exceptionnelle pour une situation exceptionnelle. Si elle était maintenue, il est bien clair qu'elle entraînerait une dérégulation malsaine du marché de l'argent. Mais le Conseil fédéral l'a sagement limitée temporairement.

On entend aussi souvent l'affirmation selon laquelle la Banque nationale et le préposé à la surveillance des prix ne peuvent pas s'occuper à eux deux de la lutte contre le renchérissement. Pourtant, dans les années septante, le surveillant avait déjà fait des incursions et même des injonctions dans le secteur des taux hypothécaires. A cette époque, on avait souligné l'effet positif de ses actions. Par ailleurs, ne devrait-on pas admettre que la Banque nationale n'est pas dans son rôle pour discuter avec les grandes banques du pays des taux hypothécaires, mais que le préposé à la surveillance pourrait conduire ces consultations dans la concertation pour obtenir une certaine modération. Cette surveillance aurait indéniablement un caractère économique en raison de sa cause, et un caractère social en raison de son but. Elle doit viser, non pas à empêcher à long terme la hausse des taux hypothécaires qui en fait sont conformes aux intérêts du marché, mais à éviter que des hausses justifiées soient décidées plus tôt qu'il n'est nécessaire et que, de cette manière, la tendance au renchérissement soit abusivement renforcée.

L'inflation que nous connaissons n'est pas importée. Nous la fabriquons ici, dans notre pays, sur place. Et c'est un problème éminemment politique que de s'y attaquer. Le Conseil fédéral a donc eu raison et il a bien fait de réagir. Il met les banques devant leurs responsabilités macro-économiques, et Parlement et gouvernement doivent ensemble donner un signal clair, déterminé et responsable. Je me prononcerai en

conséquence, avec la minorité de la commission, pour l'entrée en matière et la surveillance de type conjoncturel.

**M. Jelmini:** Je serai un peu moins bref que d'habitude, parce que j'ai l'impression qu'on est en train de corriger les effets au lieu de combattre les causes. En effet, la situation assez grave et compliquée qui se présente aurait pu être maîtrisée il y a quelques mois. Je me rappelle qu'au mois de décembre, j'avais demandé au Conseil fédéral comment il pouvait justifier le maintien d'une politique monétaire restrictive d'une telle intensité, alors qu'elle constituait l'une des causes de la forte inflation de 1989. J'avais également demandé s'il était raisonnable de provoquer une nouvelle poussée du renchérissement à court terme à seule fin d'atténuer une inflation hypothétique dans quelques années. De plus, j'avais demandé au Conseil fédéral s'il disposait d'instruments efficaces pour remédier aux défauts évidents de la politique monétaire suivie jusque-là et, en particulier, pour empêcher que la prochaine hausse globale des taux hypothécaires se répercute automatiquement sur les loyers. C'était au mois de décembre 1989. Six mois après la réponse du Conseil fédéral nous parvenait par l'intermédiaire de M. Stich qui affirmait: «Il n'y a pas d'alternative, il faut continuer, il faut laisser faire.»

Les spécialistes s'accordent pour affirmer qu'il ne faut pas s'attendre à un assouplissement substantiel de la politique monétaire de la Banque nationale. Ils nous disent aussi que sans cela l'inflation pourrait augmenter. Mais une telle affirmation n'est pas prouvée, sauf sur le plan théorique et des prévisions dont la réalisation dépend de facteurs que nous ne pouvons pas maîtriser. En revanche, nous connaissons la réalité. Au début, lorsque cette politique est entrée en vigueur, l'inflation était de 2 pour cent. Ensuite, elle a augmenté pour atteindre 6 pour cent et plus, alors que dans le même temps les pays européens voisins connaissaient une inflation d'environ la moitié de la nôtre. Je reconnais bien volontiers que la banque d'émission se trouve dans une situation délicate si elle doit assurer en même temps la stabilité des prix, de la monnaie et du développement économique. Ces objectifs ne peuvent pas être atteints avec les moyens dont la Banque nationale dispose, sans imposer des sacrifices considérables sur le plan économique et social. Mais les effets négatifs causés par la politique monétaire doivent être décelés par les autorités politiques, gouvernement et Parlement, qui doivent établir des priorités soit quant à la poursuite de la politique monétaire – dans quelle mesure et dans quelle dimension – soit quant à la correction des inconvénients.

Il faut admettre que la façon dont se présentent les résultats est assez douteuse et que les dégâts sont assez graves. Il y a eu quatre augmentations du taux d'intérêt hypothécaire qui, dans une situation du marché du logement tendue, causent des inconvénients qui, en grande partie, seront irréversibles, même si l'indexation du renchérissement devait régresser. Une diminution de la production de logements aggravée aussi par d'autres mesures contribuerait à une forte poussée ultérieure des loyers, à cause de la réduction de l'offre. L'augmentation des coûts de la production dans l'agriculture, en raison de l'accroissement des taux d'intérêt, entraînerait l'augmentation des produits alimentaires.

Evidemment, ce sont les catégories les plus faibles qui sont particulièrement touchées par une situation difficilement supportable qui ne pourra pas être compensée par la politique salariale. En effet, l'industrie en raison de l'augmentation du coût du franc subit aussi des difficultés, surtout dans le secteur de l'exportation, on ne peut pas le nier. On pourrait continuer longtemps à décrire tous les effets négatifs de cette politique qui, à mon avis, a échappé des mains du gouvernement. Mais, lorsque ce dernier s'est rendu compte qu'il aurait fallu intervenir, du moins pour corriger un des effets les plus pénibles qui constitue d'ailleurs seulement la pointe de l'iceberg, on a assisté à une réaction véritablement aberrante de la banque d'émission qui s'adressa au Parlement en critiquant le Conseil fédéral.

Avant d'aborder le problème spécifique de ce débat, permettez-moi de poser encore une fois trois questions au Conseil fédéral.

Premièrement, dans l'état actuel, est-il raisonnable de renchérir l'approvisionnement en argent et en capital, lorsque notre économie est confrontée à des exigences posées par le processus d'intégration et de développement technologique? Deuxièmement, a-t-on complètement oublié la leçon de 1974-76 où dans une situation différente en raison des causes, mais avec beaucoup d'analogies avec le contexte actuel, notre économie a vécu des moments très difficiles qui ont exigé bien du temps pour se redresser? Troisièmement, enfin, la banque d'émission a-t-elle véritablement la compétence de limiter l'espace de croissance de notre économie, lorsqu'autour de nous celui-ci est considérablement plus important, en courant ainsi le risque de perdre notre position par rapport à l'étranger?

Dans ce contexte, les seules qui s'en sortent assez bien sont les banques. Elles justifient leur attitude par la nécessité de garantir une gestion saine à l'intérieur de l'entreprise – c'est juste – et par l'impossibilité de recourir à des calculs mixtes. Du point de vue social, les petites et moyennes banques ont au moins diversifié les taux d'intérêt hypothécaires – anciens et nouveaux – et pris en considération quelques cas particulièrement pénibles. Cependant, il faut dire que l'attitude des instituts majeurs, suivis plus au moins de près par les autres, n'est guère compréhensible.

Les banques sont, plus que d'autres entreprises publiques et privées, en mesure d'évaluer les coûts et les effets de la politique de régulation restrictive de la masse monétaire. Et, si elles l'approuvent – comme il me semble le comprendre – elles devraient être prêtes à assumer, d'une manière ou d'une autre, une partie des inconvénients dans une philosophie de symétrie des sacrifices. Mais dans cette situation, elles se sont limitées à suivre le marché et à en appuyer les tendances.

L'arrêté urgent est évidemment une intervention politique. Ce n'est pas une intervention technique. Elle sort des lois du marché, mais elle est limitée dans le temps. Il est inutile de débattre de l'opportunité du droit d'urgence. Si on veut entreprendre vite quelque chose on ne peut rien faire sans lui. Le gouvernement a assumé ses responsabilités, peut-être un peu tard parce que les signaux étaient déjà perceptibles avant. Mais il faut aussi comprendre qu'il doit aussi souvent se battre contre les nostalgiques du laisser-faire qui, ce matin, ont critiqué le Conseil fédéral parce qu'il n'était pas intervenu avant, et en même temps ils ne soutiennent pas le gouvernement et s'opposent à toute intervention. Il y a quelque chose d'illogique. Le gouvernement est intervenu sous la pression d'une situation devenue insupportable pour une partie de la population qui probablement va s'accroître. Nous avons aussi le devoir d'assumer nos responsabilités, car il s'agit d'une question politique brûlante.

Personnellement, je soutiendrais la solution proposée par le Conseil fédéral, c'est-à-dire la surveillance conjoncturelle. Les moyens de l'appliquer existent et elle offre des avantages immédiatement applicables. A longue échéance cette mesure n'exclut pas la surveillance des intérêts concurrentielle qui devrait être introduite dans la loi, mais qui demandera un certain temps pour assurer son efficacité. Je souscrirai aussi aux mesures d'aide immédiate qui permettent de soulager ceux qui souffrent particulièrement en raison de la politique des taux d'intérêt élevés, surtout en sachant que les bénéficiaires ne sont pas ceux qui souffrent mais ceux qui les font souffrir directement ou indirectement.

En conclusion, je voterai l'entrée en matière et les mesures propres à apporter un remède approprié. Cependant, je prie le Conseil fédéral de réexaminer sa position à l'égard de la politique conjoncturelle qui est de son ressort et qui ne peut pas être entièrement déléguée sans courir des risques qui deviennent de plus en plus évidents.

**M. Ducret:** Laissez-moi tout d'abord vous dire, Monsieur Delamuraz, que j'aimerais être à votre place. J'avais essayé d'ailleurs, si vous vous souvenez, sans succès, mais je voudrais y être aujourd'hui parce que vous défendez une juste cause. Malheureusement, vous n'obtenez pas le succès que vous seriez en droit d'attendre.

Quelques-uns prétendent que nous faisons comme l'éléphant

qui entre dans un magasin de porcelaine! Je veux bien. Mais quand le propriétaire du magasin a déjà cassé beaucoup de vaisselle, il faut peut-être entrer pour éviter qu'il n'en casse davantage. Dans cette salle, il n'y a pas des gens qui sont contre les banques et d'autres pour, des gens contre et pour les locataires. Il y a surtout des gens réalistes, qui trouvent que l'on ne peut pas laisser faire n'importe quoi, n'importe comment et n'importe quand.

Il y a une année, nous votions des arrêtés urgents afin que les banques cessent de prêter plus de 80 pour cent sur des biens immobiliers. C'est tout de même assez extraordinaire que ces établissements sages et responsables aient dû se soumettre à une réglementation politique afin de ne pas exagérer leurs prêts. Tout à l'heure d'ailleurs, M. Reymond le reconnaissait avec beaucoup de franchise. On est allé beaucoup trop loin dans les prêts hypothécaires et nos craintes de l'année dernière au sujet de la flambée des prix des terrains et des immeubles se réveillent aujourd'hui devant l'incapacité des débiteurs de payer les intérêts de leurs dettes. Ces craintes doivent aussi faire frissonner les prêteurs.

L'interventionnisme en matière d'économie libérale est toujours un signe d'échec. Lorsque l'Etat doit intervenir, cela signifie que notre système connaît des grippages, cela ne fait aucun doute. C'est mauvais. Je suis opposé à l'interventionnisme, mais je me prononcerai pour l'entrée en matière.

La BNS fait preuve de beaucoup de prétention quand elle croit qu'elle gère, à elle toute seule, l'évolution du coût de la vie en Suisse. Elle n'a pas vu que, ces quatre dernières années, le coût de la vie était limité dans sa progression parce que les prix des produits importés avaient fortement chuté. Il est évident qu'avec la spéculation internationale sur les produits pétroliers, spéculation scandaleuse de la part de beaucoup de pays producteurs, même de pays européens comme l'Angleterre et la Norvège, qui vendent ces produits deux fois ou trois au-dessus du prix de revient, la situation a changé et, à nouveau, l'inflation gagne du terrain.

Que s'est-il passé dans le domaine bancaire en ce qui concerne les hypothèques? Il y a 20 ou 30 ans, les grandes banques de ce pays n'accordaient pas de prêts hypothécaires. Ces derniers étaient entièrement entre les mains des caisses d'épargne, des banques hypothécaires et des banques cantonales. Ces institutions couvraient de la façon suivante les prêts qu'elles accordaient. J'ai ici les comptes de la Caisse d'épargne de Genève au 31 décembre 1989, dont j'ai été membre du conseil d'administration durant 12 ans. Ces comptes montrent que l'épargne couvre, aujourd'hui encore, à 127 pour cent les placements hypothécaires. (Non, ne dites pas tout de suite: «c'est complètement faux», mon cher collègue. Est-ce que votre rapport est faux, vous qui êtes du conseil d'administration? Mais non, je vais le lire complètement. Si vous aviez eu un peu plus de patience, vous auriez entendu ce que j'allais dire.) Si l'on ajoute à ces placements hypothécaires les avances et prêts à terme fixe gagés – qui sont une sorte d'hypothèque qui n'en porte pas le nom mais en est une – on arrive à une couverture de 106 pour cent, en additionnant les dépôts d'épargne, les livrets et carnets de dépôt, les obligations de caisse et les emprunts obligataires.

Tout à l'heure, M. Reymond affirmait qu'il n'y a pas d'argent à long terme en ce qui concerne l'apport des clients des banques. C'est vrai que l'épargne n'est pas obligatoirement de l'argent à long terme, mais si l'on prend l'exemple de l'argent à extrêmement court terme, qui est le trafic des chèques postaux – qui consiste à alimenter son compte avec de l'argent que l'on fait sortir immédiatement – il permet aux PTT de mettre à disposition de la Confédération 800 millions de francs par année et d'avoir au moins 3 milliards de francs de liquidités en permanence.

Le long terme ne se compose pas seulement d'un contrat entre le client et la banque, stipulant que l'argent doit être placé à dix ou quinze ans, comme c'est le cas pour le placement en obligations, mais il consiste aussi en un flux régulier, permanent et peu variable. Alors, il y a des progressions et des réductions, le deuxième pilier à forte capitalisation que nous avons voulu, à trop forte capitalisation à mon avis, a distrait des placements en épargne des sommes qui jusqu'à présent s'y

rendaient. Il faut absolument que le deuxième pilier, avec ses capitaux, intervienne sur le marché des hypothèques, comme le font d'ailleurs les assurances. C'est nécessaire et indispensable. Il faudra le tirer par la manche parce qu'il ne sera pas plus arrangeant que les banques ne le sont aujourd'hui!

Il faut également souligner que les grandes banques ont fait du prêt hypothécaire couvert d'une tout autre façon, c'est-à-dire avec très peu de long terme et beaucoup de court terme. On peut alors nourrir un certain nombre d'inquiétudes. Il suffirait qu'une remontée en bourse des actions fasse que les préteurs à court terme se dirigent vers les actions pour que l'argent vienne à manquer et ne couvre plus les hypothèques.

Je ne veux pas peindre le diable sur la muraille, car, une fois de plus, on est beaucoup trop négatif. Je me demande jusqu'à quel point il faut continuer de vivre quand on sait tout ce qui va nous arriver! C'est épouvantable, dramatique! On devrait avoir honte de dire cela dans ce pays, quand on sait ce qu'il y a dans le monde comme difficultés, comme misère, comme dangers de guerre, comme morts. On est en train de pleurer sur le taux hypothécaire ou sur telle ou telle mesure. Dans ce pays de liberté, d'économie, où tout marche, tout va bien, où nous sommes faits pour être heureux, où tout est organisé, en définitive nous sommes tous des masochistes et aimerais avoir une catastrophe afin de montrer combien nous sommes capables d'y résister. (*Hilarité*)

Il n'y a pas de bonnes banques sans une bonne confiance. Il n'y a pas de bonne économie sans un bon travail. Il n'y a pas de bonne politique sans raison. Et la politique, actuellement, est trop attaquée, trop critiquée. Aujourd'hui nous parlons des banques, mais combien de fois les banques n'ont-elles pas parlé des partis politiques et des politiciens! Est-ce qu'on nous traite vraiment comme on devrait nous traiter? Ou est-ce qu'on nous maltraite comme on ne devrait pas nous maltraiter? Aujourd'hui, pour rétablir cette confiance, pour faire comprendre à ceux qui contractent des emprunts sous forme d'hypothèques et aux locataires que les intérêts ne sont peut-être pas excessifs, pour leur faire comprendre et nous faire comprendre à nous-mêmes que le calcul des marges est juste – pour reprendre les comptes de la Caisse d'épargne, en offrant une épargne à 5 pour cent en moyenne au maximum, je ne pense pas que ce soit faux, allez prêter à 7 pour cent, cela offre une assez jolie marge que beaucoup de marchands de charbon ou de mazout n'ont pas (*Hilarité*) – je conçois que cela est nécessaire pour que les banques soient en bonne santé, parce qu'un des drames que nous pourrions connaître, c'est d'avoir des banques en mauvaise santé. Ce serait plus grave que d'avoir des intérêts un peu plus élevés.

M. Reymond précisait tout à l'heure très justement – j'ai écouté avec beaucoup d'attention tout ce que vous avez dit, même les choses avec lesquelles je ne suis pas d'accord et que je ne reprendrai pas, je ne suis pas absolument contrariant bien que vous le pensiez – que ce qui se passe en ce moment est une évolution trop rapide. On ne peut pas avoir dit aux Suisses: construisez de bons appartements, de bonnes maisons, construisez-les solidement; au fond, on leur a dit: achetez des Mercédès, l'argent est bon marché, et aujourd'hui, où les taux montent, leur dire: mais il fallait acheter une VW, vous avez acheté trop cher, vous êtes allés trop loin. Ce changement trop brusque provoque des réactions dont la présente séance est le témoin.

Monsieur le Conseiller fédéral, pour simplifier les choses, il faudra que nous votions l'entrée en matière, et je le souhaite très vivement. Ce conseil ferait une profonde erreur politique s'il ne se prononçait pas pour l'entrée en matière. Ensuite, nous devrions rejoindre le Conseil national, parce qu'un jeu de va-et-vient sur ce sujet – M. Rüesch a souligné le travail trop rapide du Conseil national et dans de mauvais délais, il a raison – ne serait pas bon. Si nous ne rejoignons pas le Conseil national, nous ferons une grave erreur, et je ne souhaite pas que la politique soit encore dévalorisée par une attitude de notre conseil qui ne serait pas à la hauteur de notre responsabilité.

**Danioth:** Ich teile die Auffassung, dass die uns unterbreiteten Vorschläge, sowohl die konjunkturelle laut Bundesrat als auch die wettbewerbsmässige gemäss Nationalrat und der Mehr-

heit unserer Kommission, die Probleme im Zusammenhang mit der raschen Abfolge von Hypothekarzins erhöhungen nicht zu lösen vermögen. Die Ursachen liegen tiefer, wie es die Herren Reymond, Hunziker und Schönenberger klar und überzeugend ausgeführt haben. Während sich die Eingriffe in den Kapitalmarkt aus konjunkturellen Ueberlegungen kontraproduktiv auswirken würden – davon bin ich überzeugt –, ist von der wettbewerbsmässigen Massnahme ein solcher Schaden nicht zu befürchten. Doch genügt das allein? Soll der Grundsatz gelten: Nützt sie nicht, so schadet sie nichts? Ich glaube, es gilt in der heutigen Situation der zum Teil bewusst geschürten Verunsicherung und der damit verknüpften hohen Erwartungen auch politische Ueberlegungen legitimerweise anzustellen.

Nationalbankpräsident Lusser wie auch andere Fachleute haben darauf hingewiesen – Herr Lusser hat es mir im persönlichen Gespräch sogar ausdrücklich bestätigt –, dass die wettbewerbspolitische Preisüberwachung akzeptabel sein kann. Sie wäre meines Erachtens durchaus systemkonform. Man wendet zwar ein, der Wettbewerb auf dem Hypothekarmarkt funktioniere. Befürchtungen, das Instrument werde von den Behörden bzw. vom Preisüberwacher, für konjunkturpolitische Ziele missbraucht, sind meines Erachtens unbegründet, und zwar aufgrund der klaren gesetzlichen Umschreibung des Auftrages und aufgrund unseres Willens, der vom Parlament hier und heute dokumentiert wird und der selbstverständlich auch für den Vollzug verbindlich ist. Es ist immerhin ein legitimes Anliegen – und sollte auch von den Banken als solches anerkannt werden –, dass dieser Tatbeweis der wettbewerbsmässigen Hypothekarzinskontrolle ehrlich angetreten wird. Wenn der Wettbewerb spielt, braucht niemand diese korrekte Kontrolle zu fürchten. Sie ist eine punktuelle und kann nur eintreten, wenn Wettbewerbsverzerrungen geltend gemacht und nachgewiesen werden. Diesen Tatbeweis in der Öffentlichkeit anzutreten ist ein Beitrag zur Versachlichung der Diskussion – ich bin fest davon überzeugt – nicht nur in diesem Hause, sondern in der Öffentlichkeit. Er ist ein Beitrag zur Beruhigung der Atmosphäre, und auch das sind Werte, die uns ein Opfer wert sein soll. Dies alles im Bewusstsein, dass in der Sache selber wirksame Massnahmen zur Linderung von Härtfällen – die von niemandem bestritten werden – bei den betroffenen Mietern und kleinen Eigenheimbesitzern notwendig sind, Massnahmen wie sie Herr Cottier dargelegt hat und wie sie in der Kommissionsinitiative im Ständerat konkret vorgelegt werden. Diese Massnahmen sind nach meiner Meinung das einzige brauchbare Instrument, um Missstände zu bekämpfen. Notwendig sind sodann langfristige Schritte, um ein Gleichgewicht im Markt wieder herzustellen, wie es ebenfalls vom Kommissionspräsidenten dargelegt worden ist. Diese Wahrheiten müssen wir dem Volk sagen, mutig aber auch mit Verständnis für seine Ängste und die sozialen Anliegen, die bestehen. Die Erwartung, dass der Bundesrat aufgrund der Kommissionsinitiative aktiv wird, ist für mich eine unabdingbare Voraussetzung dafür, dass ich für Eintreten auf die Vorschläge der Kommissionsmehrheit votieren kann.

**M. Delamuraz,** conseiller fédéral: L'inflation est un fléau pour notre pays, pour tous les pays, pour les économies et pour le développement. L'ennui est qu'en Suisse, après des années de parfaite tranquillité et de tenue exemplaire, le taux d'inflation s'est envolé, et que ces Suisses si remarquables dans la conduite de leur économie libérale se trouvent aujourd'hui avec un taux d'inflation qui dépasse celui de ses voisins français et allemands en particulier.

Il était parfaitement légitime que, devant la perspective de cette inflation, on pratique les uns et les autres une politique rigoureuse et restrictive pour, à long terme, corriger cette inflation. C'était notamment le devoir de la Banque nationale qui avait, à l'époque, par une surcréation monétaire, contribué – elle n'était pas la seule – à cette inflation. Et nous savions parfaitement que ce combat de celle-ci allait passer par un certain nombre de conséquences immédiatement douloureuses pour qu'à la longue on se retrouve dans une situation assainie. Nous nous attendions à la raréfaction de la masse monétaire, par conséquent à l'augmentation des taux, nous nous atten-

dions à l'augmentation des taux hypothécaires, sans doute pas aussi abondante et rapide qu'elle s'est produite, mais cela était dans les règles d'un jeu économique que, si nous avions voulu l'entraver à l'époque, on aurait gagné quelques succès immédiats mais reporté d'autant le résultat de cette opération rigoureuse que conduisait la Banque nationale suisse.

C'est ainsi que le Conseil fédéral est resté absolument impavide lorsqu'il a enregistré les trois hausses d'intérêt hypothécaire qui ont surgi en moins de deux ans et qui ont signifié une augmentation totale des taux hypothécaires de l'ordre de 40 pour cent pour les moins bien lotis, ce qui entraînait une augmentation de 22 pour cent environ des loyers pour ceux qui étaient atteints de plein fouet. Rappelez-vous combien de demandes ont surgi à cette époque, notamment au Parlement, pour que le Conseil fédéral réagisse enfin, qu'il corrige les effets économiques et sociaux immédiats jugés insupportables, et combien de fois le gouvernement a dit: non, nous devons conduire avec rigueur cette politique, elle est le fait de la Banque nationale, elle l'est aussi, dans une certaine mesure, de l'autorité politique. Et celle-ci n'a pas entravé l'accomplissement de cette politique de rigueur.

Or, voici qu'après deux ans – c'est assez long, car les états d'âme se transforment vite – nous étions en train d'apercevoir la fin du tunnel et d'atteindre à quelques mois près le but que nous nous étions fixé: casser l'inflation et nous retrouver à un niveau correct. Rappelez-vous les taux mensuels merveilleux que nous avons enregistrés cet été; les choses n'allaien décidément pas mal du tout. Mais la crise du Golfe qui a surgi a immédiatement réamorcé la pompe inflationniste. Elle a, du même coup, de nouveau éloigné le but que nous étions en train d'atteindre. Comme à la crise du Golfe se sont ajoutés quelques facteurs extérieurs auxquels nous ne pouvons strictement rien: les premiers effets de la réunification allemande – je vous en avais parlé à la session de juin – et d'autres facteurs encore, nous nous sommes trouvés, dès la rentrée d'août, en Suisse, dans une situation volatile, qui gambadait et que l'on ne maîtrisait de nouveau plus vraiment.

C'est à ce moment-là qu'a été annoncée, coup de tonnerre dans un ciel encore serein, la quatrième hausse des taux hypothécaires. Comptablement justifiée? je n'en parlerai pas, je n'ai pas à juger, mais en tout cas le signe économique et politique qu'elle a donné tombait au plus mauvais moment. Sur ce point, les experts qui ornent la république et qui sont très nombreux ces temps étaient pour une fois d'accord et unanimes avec le Conseil fédéral, Banque nationale comprise: décidément, ce signal et cette décision tombent au plus mauvais moment, au moment où la pompe se réamorce et où il est impossible d'établir des pronostics quant à l'évolution de la crise du Golfe et de notre propre économie au court et au moyen terme. Les choses se sont passées en situation peu saillissable. Dès lors, ce signal a pris une signification et une ampleur inhabituelles.

Mais ce n'est pas tellement inattendu. Je le disais en commission: lorsque mon marchand de salades augmente son légume de 40 pour cent, l'effet est plutôt micro-économique, et je peux échapper à ces salades-là pour en voir d'autres. En revanche, quand on parle du marché hypothécaire et que l'on travaille sur les intérêts d'une masse de 377 milliards de francs, qui atteint directement 2 millions de locataires dans ce pays de locataires, mais aussi de petits propriétaires, d'artisans et de paysans, le problème est différent. Hier, lors du débat sur les paysans de montagne, à de nombreuses reprises, le facteur de la hausse des taux hypothécaires a été signalé ici comme une calamité. Quand on est en présence d'un morceau de cette importance, il est bien clair que l'on n'a plus affaire à une décision d'entreprise, qui a des effets d'entreprise, mais à une décision d'ensemble qui a des effets sur l'ensemble et des effets macro-économiques et non plus micro-économiques.

De surcroît, lorsque l'on rappelle que ce pays est le plus endetté d'Europe dans le domaine hypothécaire, avec une dette de 57 000 *per capita*, on ne peut pas s'empêcher de constater que, tant et aussi longtemps que la Suisse vivait des taux hypothécaires de rêve, ce surendettement ne pesait pas trop. Mais maintenant que – c'est légitime – les taux ont grimpé à

une allure excessive, pour se situer près ou dans la moyenne des taux européens, la multiplication d'un taux normal avec un surendettement donne un chiffre lourd à porter, beaucoup plus lourd que lorsque ce surendettement hypothécaire se combinait avec les taux de rêve que nous avons heureusement connus si longtemps.

Appelons un chat un chat, dans les circonstances précisément où nous sommes, circonstances éminemment volatiles mais où la machine peut partir comme un feu d'artifice dans n'importe quelle direction, nerveuse qu'elle est, excessivement sensible à des signaux même infimes. Mais il est dans la nature des choses qu'elle soit très tourmentée, très fragile et très nerveuse en tout cas, compte tenu des changements de vent constants dans lesquels nous sommes. Une décision de quatrième hausse n'a pas seulement une dimension technique, elle a une dimension générale, politique et sociale. Et elle ne peut pas résulter seulement d'une analyse comptable, si minutieuse soit-elle. Cette décision doit procéder, quand on a la responsabilité qu'ont les acteurs de ce secteur capital de notre vie économique et de notre vie tout court, d'une large perception du contexte économico-social dans lequel nous vivons, elle doit aussi prendre en compte les intérêts qui dépassent les seuls intérêts de l'entreprise et qui atteignent à la généralité.

Ce qui aurait dû jouer spontanément dans cette phase-là n'a pas joué expressément: un grand défaut de communication, il faut l'avouer, et aussi une moindre volonté du consensus dans ce pays qui est par excellence celui du consensus, consensus qu'il faut rétablir. Face à ces mouvements débridés, non coordonnés et non concertés, le Conseil fédéral n'a pas estimé possible de contempler le spectacle. Il n'est pas une assemblée d'experts, tous plus doués et plus contemplatifs les uns que les autres, il est un gouvernement qui veut gouverner et qui vous demande les moyens de le faire. En l'occurrence, il a gouverné et il a dit: il y a un temps d'arrêt, un temps d'observation à respecter. Plusieurs moyens s'offraient à lui quant à choisir les méthodes permettant ce temps d'arrêt et de réflexion en matière de hausses des intérêts hypothécaires. Il a constaté que la persuasion n'opérait pas, qu'il fallait une pression un peu plus vive, et parce que la situation conjoncturelle le préoccupe, parfois même l'obsède, et parce que la situation politico-sociale n'est pas rien, compte tenu des intérêts engagés, le Conseil fédéral a opté pour cet arrêté fédéral urgent.

A son propos et à propos des interventions qui ont eu lieu, j'ai à m'exprimer par un certain nombre de remarques lapidaires. Tout d'abord, on ne guérit pas un mal en traitant ses symptômes. Mal il y a, en ce sens que le marché du logement et le marché immobilier ne sont pas en situation normale où puisent jouer normalement les règles du jeu. Il est bien clair que c'est au changement de cette base, au moyen terme, que nous devons enfin travailler plus activement.

Il est évident que c'est en mettant en place cette stratégie à laquelle M. Schönenberger faisait allusion dans son piquant exposé, qui est assez largement développée mais qui doit nous conduire à des conclusions sur l'organisation du marché immobilier et du marché hypothécaire dans notre pays, sur la politique de l'aménagement du territoire, sur la politique fiscale, sur l'ouverture du marché hypothécaire à d'autres sources que les seules sources bancaires pour élargir le jeu et pour augmenter la concurrence, bref, c'est dans cette politique large et généreuse qu'il faut investir à long terme, car c'est une politique qui s'en prend aux racines du mal.

Mais en attendant, il faut répondre à une situation cruciale et il est indispensable, pendant quelque temps au moins, d'avoir l'instrument qui nous permette précisément d'arbitrer des intérêts encore trop divergents et d'établir cette unité et, je l'espère, une confiance mutuelle qui fait défaut aujourd'hui, nous devons le reconnaître. C'est le sens de cette démarche urgente. Si le Conseil fédéral vous la proposait pour l'éternité, vous auriez raison d'affirmer que le gouvernement n'a rien vu venir. Si le Conseil fédéral disait que c'est la solution de l'avenir, vous auriez raison de la vilipender.

Le Conseil fédéral n'a pas eu à attendre les certificats de prix Nobel ou de bonnet d'âne en matière de sciences économiques qu'on lui a décernés ces dernières semaines pour se ren-

dre compte que ce n'était là qu'une arme immédiate, dont on ferait un usage aussi bref que possible, de quoi, je le répète, passer le cap de l'incertitude et de l'ébranlement. On en a non seulement le devoir mais les moyens. C'est tout et cela suffit. Nous ne sommes pas à côté de la plaque lorsque nous proposons un tel système, qui n'est pas un système scélérate, conçu comme il l'est par le Conseil fédéral, c'est-à-dire une mesure provisoire et à court terme. Donnez-nous ce moyen.

Il a été fait largement allusion au caractère pernicieux des procédures d'urgence. Je partage votre sentiment. Et ce n'est vraiment pas de gaïté de cœur que nous nous livrons à cet exercice-marathon, mais parce que les circonstances nous y obligent. Ah! qu'il serait admirable de pouvoir nous mouvoir dans une économie où le marché existe réellement et où nous puissions voir se déployer les règles de cette économie libérale à laquelle nous tenons le plus fondamentalement du monde et à laquelle retourne toute l'Europe de l'Est, après cette pénible transition d'économie asservie! Mais quelle joie d'assister à cette dérégulation! Ce n'est véritablement pas dans l'allégresse que nous allons à contre-courant, en proposant premièrement une mesure d'exception et d'intervention, et deuxièmement une mesure urgente.

J'aimerais dire que ceux d'entre vous qui font le procès au gouvernement de ne gouverner plus que par décrets urgents lui font un faux procès. Regardez la masse des affaires que vous aviez à traiter pendant cette session! A part cet objet qui nous retient un certain temps, tout le reste fait partie de la procédure normale. Ce n'est pas parce que le 6 octobre 1989 le Parlement a fini par accepter trois arrêtés urgents que l'on peut tirer de ces exemples et de celui d'aujourd'hui la conclusion selon laquelle le Conseil fédéral, complètement perdu, gouverne par décrets urgents. Ce n'est pas la vérité.

Cependant, lorsque la situation devient pointue et que les lois du marché ne peuvent plus jouer, que les lois ordinaires de la régulation ne peuvent pas jouer dans des délais suffisants, il faut bien éviter le péril à ce pays. Je constate que les arrêtés fédéraux urgents de l'année dernière, tout bourrés de défauts qu'ils sont et qui ont quelques effets indirects pervers – ils ne sont pas des instruments parfaits, je n'en connais d'ailleurs aucun, urgent ou pas urgent, qui le soit – ainsi que votre sagesse du 6 octobre 1989 ont contribué à juguler une spéculation immobilière qu'on n'avait pas pu enrayer jusqu'alors. Elle aussi a participé, dans l'exercice de champ libre où elle se trouvait, à l'aggravation de la situation à laquelle nous devons porter réparation aujourd'hui. Tout n'est pas si simple et schématique que ce que l'on lit dans les livres des meilleures doctrines libérales et de la démocratie. Un signal devait être donné, il l'a été l'an dernier; un autre intervient maintenant, je vous assure que ce n'est pas par volonté mais par nécessité que le Conseil fédéral s'y est résigné.

Un signal politique est donc nécessaire si nous voulons éviter de nous embarquer dans un tourbillon contagieux. Le Conseil fédéral, et vous ne pourrez pas, Monsieur Schönenberger, l'accuser d'incohérence, a, dans la mesure de ses moyens, montré l'exemple par une préparation et un toilettage rigoureux du projet de budget 1991 que vous allez traiter, par la décision, qui n'est pas sans courage politique, croyez-moi – ce n'est pas du populisme comme on nous le dit parfois – de rapporter les hausses des traitements des fonctionnaires fédéraux qui étaient prévues plus tôt. Le Conseil fédéral, me direz-vous, a cependant autorisé des augmentations dans les prix administrativement contrôlés, aux chemins de fer, aux postes et téléphones, à la SSR.

Oui, je regrette effectivement que ces signaux arrivent aussi maintenant, mais ces prix étaient parfaitement tranquilles jusqu'à maintenant, de sorte qu'au moment où nous posons simplement la question quant à la quatrième hausse ne nous faites pas le procès d'intention comme quoi nous en avons aux banques, que nous cherchons les banques de manière obsédée et scandaleuse. Je dis que les banques ont augmenté – et c'était légitime – leurs intérêts hypothécaires de 40 pour cent en moins de deux ans. A ce moment-là, nous ne leur avons fait aucun procès d'intention. C'est à la quatrième hausse que nous en avons, et surtout, dans la perspective des développements futurs, à la nécessité d'amener au dialogue

clair, ouvert, concerté avec les autres partenaires, Conseil fédéral compris, ceux qui jouent un rôle si important dans le marché si déterminant qu'est le marché hypothécaire. Des intérêts généraux et nationaux sont engagés ici. Il ne faut pas que nous nous mettions, chacun de son côté, à jouer sur un autre clavier et à finir par produire une cacophonie épouvantable. Nous n'y retrouverons ni les uns ni les autres nos effets.

L'appel politique que nous voulons donner est ce signal qui a malheureusement manqué au début du quatrième round et qu'il faudrait pouvoir faire passer. C'est une question de confiance.

Monsieur Jelmini, j'aurai l'élégance de ne porter aucun jugement sur les comportements de la Banque nationale suisse, dans la mesure où je respecte son autonomie. En revanche, la concertation entre elle et le Conseil fédéral est une discussion qui se tient de manière continue. Ce que la délégation du Conseil fédéral a obtenu de la Banque nationale, c'est qu'elle avait la capacité et la mobilité lui permettant de réagir très rapidement, dès lors que quelques signaux lui en donnaient le feu vert et d'avoir cette capacité d'adaptation pour changer les choses. De quoi s'agit-il en réalité? Il s'agit de constater que si de l'argent est venu en Suisse, consécutivement à la crise du Golfe et contrairement à ce que pense M. Reymond, il en est venu un petit peu.

S'il y a perspective d'un tassement conjoncturel suisse un peu plus marqué l'année prochaine, la Banque nationale ne doit pas complètement libérer les freins, mais les desserrer quelque peu plutôt que de garder une roue pouvant se bloquer. Bref, elle doit avoir l'intuition – ce n'est pas une science exacte – et surtout la souplesse d'être capable de moduler l'instrument. Jusqu'à maintenant, on est resté sur les voies solidement tracées. Je n'ai pas à en juger. Ce qui me suffit, c'est l'assurance de la Banque nationale selon laquelle elle est prête à moduler sa politique dans un court temps.

Quant à voir tous les dangers qu'elle signale à propos d'une rivalité, au cas où la surveillance conjoncturelle serait introduite entre elle et M. Prix, je pense qu'on grossit exagérément la situation et qu'au total ce que nous avons vécu en 1970, année de crise, lorsqu'existaient déjà en Suisse une surveillance conjoncturelle, n'a nullement débouché sur une catastrophe ni sur des lésions graves de l'appareil économique suisse, tout au contraire. Il ne faut pas, selon Robert Ducret, peindre le diable sur Delamuraz. Ce n'est pas nouveau. (*Hilarité*)

Je termine en vous demandant de donner au gouvernement, ici, un moyen de gouverner. Robert Ducret disait: «je souhaiterais être à votre place». Je réponds que je suis heureux d'être à ma place, parce que, comme vous, Monsieur Ducret, je crois avoir cette indépendance d'esprit et cette volonté de rétablir une confiance qui a été malheureusement rompue, de conduire avec force, sur des voies qui ne sont pas celles d'experts tranquillement encalminés dans leurs bureaux d'études, mais qui sont celles de la responsabilité, du terrain et de la vie. C'est dans ce sens, avec la conscience de contribuer à un mieux économique, que je vous engage à nous permettre un mieux politique aussi, un mieux social qui est de nous donner l'instrument que nous vous demandons. Merci d'entrer en matière. Je me prononcerai sur les mérites de la solution de la majorité de la commission si vous nous faites l'honneur d'entrer en matière.

#### *Abstimmung – Vote*

|   |            |
|---|------------|
| Für den Antrag der Mehrheit<br>(Eintreten)        | 24 Stimmen |
| Für den Antrag der Minderheit<br>(Nichteintreten) | 14 Stimmen |

#### *Detailberatung – Discussion par articles*

##### ***Titel***

*Antrag der Kommission*

*Mehrheit*

Bundesbeschluss über die Unterstellung der Hypothekarzinsen unter die Preisüberwachung

**Minderheit**  
 (Onken, Bührer)  
 Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Titre**  
*Proposition de la commission*  
**Majorité**  
 Arrêté fédéral concernant la soumission des intérêts hypothécaires à la surveillance des prix  
**Minorité**  
 (Onken Bührer)  
 Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Zimmerli**, Berichterstatter: Der Titel ist den Erfordernissen angepasst worden, wie sie von der Redaktionskommission für derartige Beschlüsse aufgestellt worden sind. Es handelt sich um eine kleine, formelle Modifikation gegenüber dem Titel der nationalrätlichen Fassung, die ohnehin geändert werden muss. Aber die Frage bleibt offen: Wenn eine konjunkturpolitische Preisüberwachung beschlossen werden sollte, müssten wir auf den Titel zurückkommen.

Was den Ingress anbelangt, gilt das gleiche: Je nachdem, ob die eine oder andere Variante der Preisüberwachung beschlossen wird, müssen wir noch einmal über die Bücher. Ich bitte Sie, zuerst die verfassungsrechtliche Grundlage zu bereinigen.

*Siehe Entscheid beim Ingress*  
*Voir décision au préambule*

**Ingress**  
*Antrag der Kommission*  
**Mehrheit**  
 Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates  
**Minderheit**  
 (Onken, Bührer)  
 Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Préambule**  
*Proposition de la commission*  
**Majorité**  
 Adhérer à la décision du Conseil national  
**Minorité**  
 (Onken Bührer)  
 Adhérer au projet du Conseil fédéral

**Zimmerli**, Berichterstatter: Die Mehrheit der Kommission ist der Meinung, dass der Bundesbeschluss auf Artikel 31septies der Bundesverfassung gestützt werden sollte. Die Minderheit hält dafür, dass Artikel 31quinquies erwähnt werden sollte. Die Diskussion darüber hat in der Eintretensdebatte stattgefunden. Die erste Bestimmung gilt für die wettbewerbspolitische Preisüberwachung, die zweite für die konjunkturpolitische.

**Affolter**: Ich muss zugeben, dass der Antrag von Herrn Onken einer inneren Logik nicht entbehrt. Er ruft uns u. a. die Problematik der verfassungsmässigen Abstützung in Erinnerung. Wir können die Präambel schon am Schluss behandeln, aber hier treffen wir wirklich auf eine Wegmarke, insbesondere deswegen, weil der Ständerat den Fragen der verfassungsmässigen Verankerung immer grosse Beachtung geschenkt hat. In unseren Händen – das muss hier festgestellt sein – liegt eine bundesrätliche Botschaft, die auf einen konjunkturellen Unterbau ausgerichtet und angelegt ist und sich auf Artikel 31quinquies BV abstützt, beschränkt auf die Frage von Hypothekarzinserhöhungen. Nach dem Vorschlag des Nationalrates stützt sich der Bundesbeschluss auf BV Artikel 31septies, der Bezug nimmt auf die Verhinderung von Missbräuchen in der Preisbildung. Die Sache auf eine wettbewerbspolitische Grundlage umzupolen, wie das der Nationalrat getan hat – ohne grosse Gewissensbisse –, scheint mir höchst gewagt. Wir beschliessen einen Gesetzestext, der keine oder nur eine unzulängliche Stütze in der bundesrätlichen Botschaft findet. Die Botschaft wurde nicht verändert, aber die Frage, ob der Wettbewerb im Hypothekarzinssektor spielt oder nicht, gehörte in die Botschaft.

In unserer Kommission hat man einige Anpassungen in Richtung wettbewerbspolitische Ausrichtung vorgenommen. Der gesetzgeberische Sündenfall besteht aber weiter und ist nur halb aus der Hast entschuldbar. Frau Weber hat vorhin die Frage aufgeworfen, ob die wettbewerbspolitische Preisüberwachung greife. Darüber besteht kein Zweifel, sonst müssten wir den Preisüberwacher wegen Unfähigkeit entlassen. Vor erst sollte aber eine andere Frage beantwortet werden, bevor man zu Dringlichkeits- und Notrecht greift, nämlich die, ob der Wettbewerb im Hypothekarzinssektor tatsächlich fehlt. Bis jetzt habe ich nur Mutmassungen gehört, aber der Nachweis wurde bei weitem nicht erbracht. Dieser Nachweis wird auch äusserst schwierig zu erbringen sein. Deshalb schiene mir die Abstützung auf konjunkturpolitische Erwägungen naheliegender.

Teuerungsbekämpfung ist eine unserer grossen Landesaufgaben. Der Bürger erwartet vom Parlament und der Regierung die Anordnung tauglicher Massnahmen. Bei allem Schwarz-Peter-Spiel, das wir mitgemacht haben, wollen wir uns vergegenwärtigen, dass die Hypozinsüberwachung auf jeden Fall nur ein Teil dieser Teuerungsbekämpfungsproblematik sein kann. Hier ist für den Bundesrat und für uns im Parlament weiterer Handlungsbedarf vorhanden, das Teuerungs- und Inflationsproblem in der ganzen Breite und Tiefe in einem umfassenden Massnahmenpaket anzugehen. Der Bundesrat ist dabei bedeutend mehr gefordert als wir mit der jetzt durchgespielten Uebung. Unsere Kommission hat bereits einige Wege aufgezeigt. Wir haben es getan, ohne Berufung auf Notrecht; es sollen gründlich durchdachte Massnahmen sein, unter Konsultation aller betroffenen Kreise wie Nationalbank, Banckenkommission und was immer an Fachleuten verfügbar ist. Die Kommissionsinitiative wird zum mindesten die nötigen Anstösse geben.

Zum Antrag von Herrn Onken: Ich habe gesagt, grundsätzlich entbehre der Antrag nicht der inneren Logik, aber ich glaube, wir sollten diese Sache laufen lassen. Natürlich sind Konjunkturpolitik und Wettbewerbspolitik nicht «Hans was Heiri». In den praktischen Auswirkungen – wer etwas hineingesehen hat, weiss das, ich habe mich seinerzeit bei der Revision des Kartellgesetzes engagiert – wird sich da nicht viel ändern. Allfällige wettbewerbspolitische Eingriffe des Preisüberwachers werden auch konjunkturpolitische Erwägungen enthalten. Deshalb sollte man nun dieser Unterscheidung und der Frage, wie man das Ganze überschreibt, nicht mehr allzu grosses Gewicht beimessen. Ich bitte, die Detailberatung weiterzuführen. Ich habe seinerzeit in der Kommission auf einen Antrag «Rückweisung und Ergänzung der Botschaft» verzichtet. Aber das natürlich unter dem Vorbehalt, dass ich hier im Rat auf einen schwerwiegenden Mangel der Botschaft noch hinweisen darf.

**Zimmerli**, Berichterstatter: Ich glaube, nach dem Votum von Herrn Vizepräsident Affolter ist es unerlässlich, dass wir versuchen, die Situation zu klären. Es ist für den Inhalt des Bundesbeschlusses natürlich entscheidend, ob Sie im Ingress die Bestimmung über die Konjunkturpolitik nennen oder jene über die wettbewerbspolitische Preisüberwachung. Je nachdem sind die Kompetenzen des Preisüberwachers entscheidend verschieden, und je nachdem haben wir andere Grundlagen auch mit Bezug auf die Botschaft. Es geht hier in der Tat um die entscheidende Weichenstellung, zu der selbstverständlich Herr Bundesrat Delamuraz noch angehört werden sollte; er hat es vorhin in seinem Votum auch ausdrücklich gewünscht. Was die Varianten anbelangt, hat die Diskussion in der Tat stattgefunden; aber jetzt müssen wir diesen Ingress bereinigen, wie der Herr Präsident das gesagt hat. Die Frage der Botschaft bleibt offen. Es ist ganz selbstverständlich, dass Sie, wenn Sie eine wettbewerbspolitische Preisüberwachung beschliessen, «nicht nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 10. September 1990» befügen können; Sie müssen vielmehr «trotz einer Botschaft des Bundesrates vom 10. September 1990» sagen. Das heisst nicht, dass wir bei einer wettbewerbspolitischen Preisüberwachung nicht wüssten, was wir tun, obwohl wir buchstäblich freihändig legiferieren – das ist richtig, Herr Affolter. Aber die Begründung für die

wettbewerbspolitische Preisüberwachung findet sich natürlich teilweise in der Botschaft zur Revision des Preisüberwachungsgesetzes. Das bitte ich doch zu bedenken; aber wir dürfen diese Botschaft im Ingress nicht nennen, weil sie nicht diesen Bundesbeschluss betrifft. Aber es ist nicht so, dass wir nichts hätten. Ganz selbstverständlich ergibt sich aus Artikel 31septies eine hinreichende Kompetenz für den Bundesgesetzgeber, diese Zinsen der wettbewerbspolitischen Preisüberwachung zu unterstellen. Ich hoffe, damit etwas zur Klärung der Situation beigetragen zu haben.

**M. Delamuraz**, conseiller fédéral: La surveillance conjonctuelle que vous propose le Conseil fédéral est sans doute moins «orthodoxe» dans notre régime actuel que la surveillance fondée sur la concurrence. C'est moins dans l'«Ordnungspolitik», mot intraduisible en français, et qui exprime bien qu'il y a une certaine cohérence, et qu'à cet égard la surveillance concurrentielle s'y inscrit mieux que la surveillance conjonctuelle préconisée par le Conseil fédéral. Ce que nous vous proposons, ce n'est tout de même pas un monstre qui viendrait, comme un loup dans la bergerie, déranger tous les petits moutons.

Nous sommes en présence d'un instrument plus fort que l'instrument concurrentiel, en tout cas pour ce secteur, mais qui ne bouleverserait tout de même pas les règles, économiques notamment, qui régissent notre pays. Je répéterai encore une fois que nous avons déjà connu un tel régime de surveillance conjonctuelle dans les années 70, mais que les circonstances juridiques et économiques n'étaient pas tout à fait les mêmes – en particulier, nous ne disposions pas à l'époque d'un article constitutionnel conjoncturel. Il n'empêche que les effets qu'a déployés en temps de crise cet arrêté conjoncturel n'ont pas du tout été désastreux, au contraire. C'est dire que nous aurions là une solution heureuse qui a, d'autre part, l'immense avantage de nous permettre d'agir sur la quatrième hausse, éventuellement.

Là j'aimerais bien corriger ce que l'on m'a rapporté des propos tenus par M. Odilo Guntern. Selon lui, s'il était investi de ces pouvoirs, la quatrième hausse n'aurait pas lieu. On a quelque peu arrangé sa réponse. En réalité, je dis que la disposition de l'instrument de surveillance conjonctuelle permettrait d'analyser très rapidement et très efficacement la quatrième hausse. Je ne jure pas – il faut être honnête – qu'elle permettrait à coup sûr de la casser ou simplement de la reporter. Du moins pourraît-on agir!

Si vous choisissez au contraire la solution du Conseil national, soit la surveillance concurrentielle, sans doute avez-vous un appareil qui est un peu plus dans le système. Il devra prouver qu'il n'y a pas concurrence, ce qui ne sera pas si facile car le monde du prêt hypothécaire s'est tout de même décarcellisé, dans une assez grande mesure. Il reste sans doute quelques poches, ici ou là, mais il faut les identifier, et cela prend du temps. Les procédures de la surveillance concurrentielle engagent la Commission des cartels, qui travaille minutieusement, vous le savez. La conséquence d'un tel choix – je le répète devant vous après l'avoir dit au Conseil national – est que, même si on vote l'urgence, nous n'aurons pas un instrument permettant d'analyser de quelque manière que ce soit la quatrième hausse. En revanche, l'outil sera certainement prêt à l'emploi et performant pour les cinquième et sixième hausses que l'on nous annonce.

J'ajoute à l'intention de M. le vice-président du Conseil des Etats, que, sans doute, le message avait été rédigé dans la perspective d'une surveillance conjonctuelle, et qu'il n'y a naturellement pas de message pour fonder la solution du Conseil national. Cependant, je voudrais que M. le vice-président se réfère au message général que le Conseil fédéral a publié en réponse à l'initiative populaire II à l'appui d'une surveillance concurrentielle étendue aux crédits et, par conséquent, aux taux d'intérêt, dont votre conseil débattra probablement au cours de la session de décembre. S'il a besoin d'alimenter sa réflexion et sa conviction, il trouvera certainement là une littérature gouvernementale tout à fait éloquente. En résumé, je vous ai exposé les avantages et les inconvé-

nients des deux solutions. Le Conseil fédéral propose la solution conjonctuelle.

#### Abstimmung – Vote

|                               |            |
|-------------------------------|------------|
| Für den Antrag der Mehrheit   | 25 Stimmen |
| Für den Antrag der Minderheit | 6 Stimmen  |

**Präsident:** Damit ist auch der Titel in der Fassung der Mehrheit angenommen, und der Antrag der Kommissionsminderheit (für den ganzen Beschluss durchgehende Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates) entfällt.

#### Art. 1

##### Antrag der Kommission

###### Abs. 1

Die Zinsen auf Hypothekarkrediten werden der wettbewerbspolitischen Preisüberwachung nach Preisüberwachungsgesetz unterstellt.

###### Abs. 2

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

#### Art. 1

##### Proposition de la commission

###### Al. 1

Les intérêts des crédits hypothécaires sont soumis à une surveillance des prix relevant de la politique de concurrence, conformément à la loi concernant la surveillance des prix 1).

###### Al. 2

Adhérer à la décision du Conseil national

**Zimmerli**, Berichterstatter: Sie sehen, dass die Kommission gegenüber der nationalrätslichen Fassung eine Vereinfachung vorschlägt. Die nationalrätsliche Fassung enthält einerseits eine Reminiszenz aus der konjunkturpolitischen Preisüberwachung, weil dort noch von Teuerungsbekämpfung gesprochen wird. Das haben wir gestrichen. Dann wird leider nur von Wohn- und Geschäftsräumen gesprochen. Die Kommission ist der Meinung: Wenn die Hypothekarzinsen der Preisüberwachung unterstellt werden sollten, dann bitte insgesamt, damit es nicht noch Abgrenzungsschwierigkeiten gibt. Herr Bundesrat Delamuraz hat vorhin zu Recht darauf hingewiesen, dass auch die Landwirtschaft betroffen ist. Die Kommission ist deshalb einstimmig der Meinung, dass im Sinne ihres Antrages zu Absatz 1 einfacher formuliert werden sollte. Das «vorübergehend» kann auch gestrichen werden. Jeder Bundesbeschluss ist beschränkt.

Absatz 2 zeigt, wie schwierig es ist, im Dringlichkeitsrecht die nötige Koordination zwischen Kartellkommission, Bankenkommission und Nationalbank hier im Beschluss zu verankern. Diese Frage wird sicher bei der Behandlung des Preisüberwachungsgesetzes noch einmal aufgegriffen werden müssen. Die Kommission stimmt aber der Formulierung in der Fassung des Nationalrates vorläufig zu.

#### Angenommen – Adopté

#### Art. 2

##### Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

##### Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

#### Angenommen – Adopté

#### Art. 3

##### Antrag der Kommission

Streichen

##### Proposition de la commission

Biffer

**Zimmerli**, Berichterstatter: Die Kommission schlägt vor, den Artikel 3, er handelt von der Berichterstattung – nationalrätsliche Fassung – zu streichen. Auch hier ist sie der Meinung, dass dieser Artikel eigentlich noch für die konjunkturpolitische

Preisüberwachung konzipiert wurde und nicht für die wettbewerbspolitische. Soweit die amtliche Tätigkeit des Preisüberwachers Gegenstand eines amtlichen Berichts sein muss, erscheint dieser Bericht als Teil des Geschäftsberichtes des Volkswirtschaftsdepartementes. Leider besteht die organisatorische Grundlage für den Preisüberwacher noch nicht im erwünschten Ausmass, aber das wird sich nach der Diskussion zum Preisüberwachungsgesetz sicher noch ändern. Soweit eine andere Publizität über die Tätigkeit des Preisüberwachers erwünscht ist, ergibt sie sich erfahrungsgemäss ohnehin von selbst.

Wir beantragen Ihnen deshalb, Artikel 3 zu streichen.

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 4**

*Antrag der Kommission*

Hypothekargläubiger und -schuldner sind verpflichtet, dem Preisüberwacher alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen und die notwendigen Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

#### **Art. 4**

*Proposition de la commission*

Les créanciers et débiteurs hypothécaires sont tenus de mettre à la disposition du surveillant des prix toutes les informations et tous les documents nécessaires.

**Zimmerli**, Berichterstatter: Bei Artikel 4 muss noch das Konzept angepasst werden. In Artikel 4 ist auf der Fahne in der nationalrätslichen Fassung noch von den Miethalten die Rede, die auskunftspflichtig sind, das ist im Zusammenhang mit der wettbewerbspolitischen Preisüberwachung nicht nötig und nicht erwünscht. Deshalb wurden die Miethalten hier herausgestrichen. Diesem Streichungsantrag erwuchs in der Kommission keine Opposition.

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 5, 6**

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Proposition de la commission*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 7**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1*

Der Bundesrat ist mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

*Abs. 2*

Streichen

#### **Art. 7**

*Proposition de la commission*

*Abs. 1*

le Conseil fédéral est chargé de l'exécution.

*Abs. 2*

Biffer

**Zimmerli**, Berichterstatter: Bei Artikel 7 ist die Kommission der Meinung, dass nur der Bundesrat mit dem Vollzug von Bundesgesetzen und Bundesbeschlüssen zu beauftragen ist und dass er nicht noch einen Vollzugsgehilfen in der Person des Preisüberwachers braucht. Insofern entspricht die Formulierung allgemeiner Uebung. Absatz 2 kann gestrichen werden, weil für eine wettbewerbspolitische Preisüberwachung keine Ausführungsvorschriften nötig sind.

*Angenommen – Adopté*

#### **Art. 8**

*Antrag der Kommission*

*Abs. 1, 3*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Abs. 2*

.... und tritt am Tage nach der Verabschiedung ....

#### **Art. 8**

*Proposition de la commission*

*Ai. 1, 3*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Ai. 2*

.... et entre en vigueur le lendemain du renvoi ....

**Zimmerli**, Berichterstatter: Auf der Fahne fehlt zu Artikel 8 ein Beschluss der Kommission, nämlich zu Absatz 2. Die Kommission hat natürlich auch Beschluss gefasst über die Dringlichkeit, und zwar wurde mit 8 zu 5 Stimmen die Dringlichkeitsklausel beschlossen. Aber mit Blick auf das heutige Datum muss sicher eine Anpassung erfolgen. Wir sind der Auffassung, dass gleich formuliert werden sollte wie bei den bodenrechtlichen, dringlichen Bundesbeschlüssen und zwar wie folgt: «Er wird nach Artikel 89bis Absatz 1 der Bundesverfassung für dringlich erklärt und tritt am Tage nach der Verabschiedung in Kraft.» Das ist der Antrag der Kommission, der versehentlich nicht auf die Fahne aufgenommen wurde, aber er war unbestritten.

*Angenommen – Adopté*

*Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Beschlussentwurfes

23 Stimmen  
9 Stimmen

*An den Nationalrat – Au Conseil national*

90.259

**Parlamentarische Initiative  
(Kommission des Ständerates)  
Förderung kantonaler Miet- und  
Hypothekarzinszuschüsse**

**Initiative parlementaire  
(Commission du Conseil des Etats)  
Encourager les contributions cantonales  
au loyers et aux intérêts hypothécaires**

*Wortlaut der Initiative vom 3. Oktober 1990*

Bundesbeschluss über die Förderung kantonaler Miet- und Hypothekarzinszuschüsse (Entwurf)

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,  
gestützt auf Artikel 34sexies der Bundesverfassung,  
....  
beschliesst:

#### **Art. 1 Grundsatz**

*Abs. 1*

Der Bund unterstützt die Kantone, welche zur Linderung sozialer Härten infolge von Hypothekarzinssteigerungen Miet- und Hypothekarzinszuschüsse gewähren.

*Abs. 2*

Die Bundesversammlung bewilligt den Höchstbetrag der finanziellen Mittel mit einfacherem Bundesbeschluss.

**Teuerungsbekämpfungsmassnahmen im Bereich der Hypothekarzinsen. Bundesbeschluss**

**Mesures de lutte contre le renchérissement dans le domaine des taux hypothécaires. Arrêté fédéral**

|                     |  |
|---------------------|--|
| In                  | Amtliches Bulletin der Bundesversammlung     |
| Dans                | Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale    |
| In                  | Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale |
| Jahr                | 1990   |
| Année               |  |
| Anno                |  |
| Band                | IV   |
| Volume              |  |
| Volume              |  |
| Session             | Herbstsession                                |
| Session             | Session d'automne                            |
| Sessione            | Sessione autunnale                           |
| Rat                 | Ständerat                                    |
| Conseil             | Conseil des Etats                            |
| Consiglio           | Consiglio degli Stati                        |
| Sitzung             | 12   |
| Séance              |  |
| Seduta              |  |
| Geschäftsnummer     | 90.055                                       |
| Numéro d'objet      |  |
| Numero dell'oggetto |  |
| Datum               | 04.10.1990 - 08:00                           |
| Date                |  |
| Data                |  |
| Seite               | 815-832                                      |
| Page                |  |
| Pagina              |  |
| Ref. No             | 20 019 239                                   |

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.